

ÖkologiePolitik 194 / März 2024

41. Jahrgang | ISSN 1430-6646 | 6,- € Printausgabe | 3,- € PDF
Journal der Ökologisch-Demokratischen Partei | www.oedp.de

ödp

Ökologie Politik

| WÄRMEWENDE

INHALT

TITELTHEMA: WÄRMEWENDE

- 4 FORSCHUNGSPROJEKTE
„Der Weg zur Treibhausgasneutralität ist noch lang“
Interview mit Dr. Sara Ortner
- 7 GEBÄUDESEKTOR
„Wir brauchen eine ernsthafte Sanierungsoffensive!“
Interview mit Sebastian Lederer
- 9 WÄRMEDÄMMUNG
Die beste Energie ist die, die wir nicht brauchen
von Günther Hartmann
- 13 WÄRMEPUMPEN
Lernen von Dänemark
von Ulrich Brehme
- 16 WÄRMEQUELLE ABWASSER
„Wärme stinkt nicht!“
Interview mit Prof. Dr.-Ing. Volker Stockinger
- 18 WÄRMENETZE
Kommunen leider noch ohne Plan
von Dr. Michael Stöhr

ÖDP INTERN

- 22 BUNDESVORSTAND
„Gemeinsam Druck machen“
Gespräch von Charlotte Schmid und Jürgen Resch
- 26 BUNDESVERBAND
EU-Wahlkampf: ÖDP als Anwältin für gesunden Lebensraum
- 30 JÖ – JUNG.ÖKOLOGISCH
JÖ goes Berlin!
- 32 LANDESVERBÄNDE
- 37 BUNDESARBEITSKREISE
- 39 TERMINE, IMPRESSUM

Foto Baum: Ungureanu Liviu/Shutterstock.com | Foto Titelseite: Bruno/photobay.com



Liebe Leserinnen und Leser,

EDITORIAL

die Stromwende ist inzwischen eingeleitet, die Wärmewende noch nicht. Dabei ist sie von enormer Bedeutung für die Erreichung von Klimaneutralität. Denn die Hälfte des deutschen Energieverbrauchs dient zur Erzeugung von Wärme. Und die erneuerbaren Energien haben hier bislang nur einen Anteil von 20 %. In den privaten Haushalten dienen sogar 70 % des Energieverbrauchs zur Erzeugung von Wärme – und die wird noch zu 43 % durch Verbrennen von Erdgas und zu 26 % durch Verbrennen von Erdöl erzeugt.

Technisch ist die Wärmewende möglich, scheitert aber bislang an der Politik. Unter den Merkel-Regierungen wurde sie einfach „ausgesessen“. Aber immerhin gab es damals einen hohen Grad an Verlässlichkeit bei Gesetzgebung und Förderungen. Die ging unter der „Ampel“ verloren. Durch unüberlegten Aktionismus und plötzliche Förderstopps wurden sanierungswillige Hauseigentümer zutiefst verunsichert und Energieberater an den Rand der Verzweiflung gebracht.

Als sich die „Ampel“ nach langem Ringen auf ein neues Heizungsgesetz geeinigt hatte, wurde sofort versucht, dies durch gezielte Desinformation schlechtzureden. So twitterte Markus Söder: „Der Heizhammer muss gestoppt werden! Es entstehen Kosten von bis zu 300.000 Euro für Hauseigentümer.“ Tatsächlich gibt es gute Wärmepumpen für Einfamilienhäuser aber schon ab 15.000 Euro. Die Trumpisierung der deutschen Politik ist beunruhigend.

Diese Ausgabe der ÖkologiePolitik beleuchtet deshalb die Wärmewende gründlich und faktenorientiert: Forschungsergebnisse, Gesetzgebung und Förderpolitik, Wärmedämmung, Wärmepumpen, Wärmequellen und Wärmenetze. Dazu wie immer Buch- und Onlinetipps zur weiteren Vertiefung eines Themas.

Viel Spaß beim Lesen, Nachdenken und Diskutieren wünschen Ihnen

Ihre

PS: Seit der Verschlinkung des Hefts erscheinen in ihm die Rubriken „Ökolumne“, „Bücher“ und „Leserbriefe“ zwar nicht mehr, online jedoch nach wie vor – ergänzt durch weitere Artikel, Interviews und die neue Freitagskolumne „Kompass Orange“: www.oekologiepolitik.de

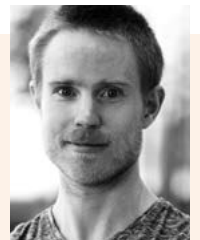
Günther Hartmann

Verantwortlicher
Redakteur



Jan Altnickel

Stellvertretender
verantwortlicher
Redakteur



FORSCHUNGSPROJEKTE

„Der Weg zur Treibhausgasneutralität ist noch lang“

Das Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg hat in den letzten Jahren die Wärmewende im Rahmen von zwei großen Forschungsprojekten intensiv untersucht. Es ging der Frage nach, welche Maßnahmen zu treffen sind. Und es warf auch einen aufschlussreichen Blick auf unsere Nachbarländer.

Interview mit Dr. Sara Ortner

ÖkologiePolitik: Frau Dr. Ortner, welche Bedeutung hat eine Wärmewende für Energiewende und Klimaschutz?

Dr. Sara Ortner: Der Wärmesektor hinkt bei der Energiewende drastisch hinterher. Während die erneuerbaren Energien 2023 erstmals über 50 % des Stromverbrauchs geliefert haben, liegt deren Anteil im Wärmebereich erst bei knapp unter 20 %. Um unsere Gebäude zu heizen, Warmwasser zuzubereiten, aber auch die notwendige Prozesswärme in der Industrie bereitzustellen, werden rund 1.400 TWh benötigt – 50 % des Endenergieverbrauchs in Deutschland! Der Weg zur Treibhausgasneutralität bis 2045 – dem erklärten Ziel der Bundesregierung – ist also noch lang.

Warum haben wir noch keine Wärmewende?

Die Wärmewende ist kleinteilig. Vor allem zum Heizen der Gebäude ist eine Vielzahl von einzelnen Investitionen notwendig: Insgesamt sind in Deutschland rund 20 Mio. Heizungsanlagen in Betrieb – großteils auf Gas oder Öl basierend. Diese sind in den nächsten Jahren auszutauschen. Erschreckend war, dass im letzten Jahr viele Kaufentscheidungen erneut zugunsten von Öl oder Gas getroffen wurden und diese Anlagen jetzt wohl mehr als 20 Jahre in Betrieb sein werden – obwohl mit dem CO₂-Preis ein Instrument eingeführt

Dr. Sara Ortner

Jahrgang 1987, studierte Technische Mathematik und promovierte über die Möglichkeiten der Wärmewende am Beispiel der Stadt Wien. Anschließend war sie als Senior Researcher in der Energy Economics Group der Technischen Universität Wien tätig. Seit 2018 arbeitet sie für das Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg (ifeu), seit 2022 als Teamleiterin im Fachbereich Energie.

sara.ortner@ifeu.de



wurde, das den Einsatz fossiler Energien perspektivisch teurer machen wird. Die hitzigen Diskussionen um das Gebäudeenergiegesetz hatten sicherlich viele Gebäudeeigentümer verunsichert und von erforderlichen

„Während die erneuerbaren Energien 2023 über 50 % des Stromverbrauchs geliefert haben, liegt ihr Anteil im Wärmebereich bei knapp unter 20 %.“

Investitionen in erneuerbare Technologien abgeschreckt. Dabei ist der Einsatz von Wärmepumpen auch in den meisten Bestandsgebäuden möglich und oft die günstigste Alter-



Die meisten der rund 20 Mio. Heizungsanlagen in Deutschland verbrennen fossile Energieträger.

native, wenn man die Gesamtkosten inklusive Betriebskosten betrachtet. Förderungen gibt es auch noch – erstmals auch für einkommensschwache Haushalte, sodass die persönliche Wärmewende für jeden möglich wird. Die Gebäudeeffizienz darf dabei nicht aus den Augen verloren werden. Dämmung, Fenstertausch und Flächenheizungen tragen dazu bei, die vorhandenen erneuerbaren Energien effizient zu nutzen. Eine weitere Herausforderung ist die Wechselwirkung mit bestehender Netzinfrastruktur für Strom, Wärme oder Gas: Stromnetze müssen den Einsatz von Wärmepumpen und Solaranlagen zulassen; der Aus- und Aufbau von Wärmenetzen wird erforderlich sein; und für die Vielzahl von Gasnetzen ist die Frage zu klären, ob und wann eine Stilllegung erfolgen soll.

Was wurde in Ihrem Forschungsprojekt „Wärmewende“ untersucht?

Aufbauend auf einem intensiven Stakeholder-Dialog, wurde ein Zielbild für die Wär-

mewende erarbeitet. Darüber hinaus wurde das Zielbild mit bestehenden Maßnahmen abgeglichen, Weiterentwicklungsvorschläge erarbeitet und neue Instrumente konzipiert. Wichtig war uns auch der Blick ins Ausland: Vor allem unsere nördlichen Nachbarn sind

„Die Wärmewende ist kleinteilig. Insgesamt sind in Deutschland rund 20 Mio. Heizungsanlagen in Betrieb – großteils auf Gas oder Öl basierend.“

bei der Wärmewende schon weiter fortgeschritten – und Deutschland kann vieles davon lernen. Erfahrungen aus Dänemark zeigen, dass die Wärmeplanung eines der zentralen Instrumente für die Wärmewende ist. Sie verpflichtet Kommunen, systematisch zu analysieren, welche Art der Wärmeversorgung in welchem Ortsteil aus ökologischer

und aus ökonomischer Sicht sinnvoll ist. Der Betrieb eines Wärmenetzes zahlt sich z. B. oft aus, weil erneuerbare Energien genutzt werden können, deren Erschließung für Einzelgebäude schwer möglich ist. Meist betrifft dies Wärmequellen, die einen effizienteren Einsatz von Wärmepumpen ermöglichen, wie z. B. die Nutzung von Energie aus Abwasser oder aus Flüssen. Dies gibt allen Akteuren wichtige Rahmenbedingungen für die notwendigen Investitionsentscheidungen. Erfahrungen aus Schweden und Finnland zeigen auch, dass Wärmepumpen dabei eine zentrale Rolle spielen und breit eingesetzt werden können – obwohl die Winter in diesen Ländern kälter



Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg (ifeu)
Zukunftsfähige Wärmeversorgungssysteme
 Forschungsprojekt Oktober 2022 – April 2024
www.t1p.de/n1cqo

Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg (ifeu)
Wärmewende: Die Energiewende im Wärmebereich
 Forschungsprojekt Juni 2020 – Februar 2023
www.t1p.de/0vr5n

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
Dialog Klimaneutrale Wärme 2045
 Ergebnispapier, Juli 2021
www.t1p.de/ljj3s

„Vor allem unsere nördlichen Nachbarn sind bei der Wärmewende schon weiter fortgeschritten – und Deutschland kann vieles davon lernen.“

sind als bei uns. Aufbauend auf den ausländischen Erfahrungen und den Erfahrungen in den Bundesländern – Baden-Württemberg z. B. hat bereits 2020 die verpflichtende Wärmeplanung eingeführt –, haben wir Vorschläge erarbeitet, wie eine Wärmeplanung für Deutschland durchgeführt werden kann.

Und wie geht es mit der Wärmewende in Deutschland weiter?

Was mich sehr freut: Die Wärmeplanung wird flächendeckend kommen. 2023 wurden in Deutschland zwei wichtige Gesetze für die Wärmewende verabschiedet: das Gebäudeenergiegesetz und das Gesetz für die Wärmeplanung. Die sind sehr eng verzahnt und sollen einen wesentlichen Beitrag zur Umstellung der Wärmeversorgung auf erneuerbare Energien leisten. Im Gebäudeenergiegesetz ist darüber hinaus auch das Ende für den Einsatz fossiler Energieträger mit dem Jahr 2045 festgeschrieben. Vereinfacht dargestellt gilt,

dass nach Vorliegen des Wärmeplans, der für große Kommunen bis Mitte 2026 und für kleine Kommunen bis Mitte 2028 zu erstellen ist, beim Tausch einer defekten Heizung die Vorgaben des Gebäudeenergiegesetzes gelten. Ab dann ist nur mehr die Installation von Anlagen zulässig, die mit mindestens 65 % erneuerbaren Energien betrieben werden. Ob das reicht, wird sich zeigen, wir alle sind jetzt gefragt, gemeinsam Lösungen zu erarbeiten und diese umzusetzen. Im Idealfall werden auf kommunaler Ebene alle Akteure – auch

„Durch den Betrieb eines Wärmenetzes können erneuerbare Energien genutzt werden, deren Erschließung für Einzelgebäude schwer möglich ist.“

die Bürgerinnen und Bürger – in den Prozess der Wärmeplanung einbezogen, sodass ein lokales Zielbild für die Wärmewende entsteht, das anschließend von allen mitgetragen wird. Gelingt das, bin ich zuversichtlich, dass die Wärmewende jetzt kontinuierlich Fahrt aufnehmen wird.

Frau Dr. Ortner, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.



GEBÄUDESEKTOR

„Wir brauchen eine ernsthafte Sanierungsoffensive!“

Die meiste Wärme dient zum Beheizen von Gebäuden. Das Gebäudeenergiegesetz setzt dabei Mindeststandards. Und die Bundesförderung für effiziente Gebäude versucht, energieeffizientes Bauen und Sanieren mit Zuschüssen und zinsgünstigen Krediten voranzubringen. Was bewirkt das? Und reicht es?

Interview mit Sebastian Lederer

ÖkologiePolitik: Herr Lederer, reichen die aktuellen Mindeststandards des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) für eine wirkliche Wärmewende aus?

Sebastian Lederer: Nein, sie sind nicht ausreichend. Das GEG trägt zwar zusammen mit dem Wärmeplanungsgesetz dazu bei, die Heizsysteme jetzt schon für morgen erneuerbar aufzustellen, aber wir sind viel zu langsam. Die 1,5-Grad-Grenze, das Pariser Klimaabkommen und selbst die unzureichenden Ziele der Bundesregierung werden so nicht zu halten sein. Deswegen muss der Zeitplan nachgeschärft werden. Und für den Neubau sind deutlich ambitioniertere Wärmeeffizienzstandards zu setzen.



Foto: Sophie Tichonenko

Sebastian Lederer

Jahrgang 1996, erlernte zunächst den Beruf des Schreiners und studiert seither Architektur, derzeit im Master-Studiengang „Ressourceneffizientes und nachhaltiges Bauen“. Seit 2020 ist er bei „Architects for Future“ aktiv und koordiniert dort die Arbeitsgruppe Politik.
www.architects4future.de

Kann die Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) nicht-ausreichende Mindeststandards kompensieren?

Kompensieren? Nein. In die richtige Richtung lenken und Anreize schaffen? Ja. Ein

Großteil unserer aktuellen CO₂-Emissionen entstehen durch den Betrieb unserer Bestandsgebäude: durch Heizen, Kühlen, Warmwasser. Das große Potenzial liegt in der Sanierung des Bestands. Dafür brauchen wir endlich eine ernsthafte Sanierungsoffensive! Im Moment haben wir eine Sanierungsquote von knapp 1 % pro Jahr, laut einer Studie des Wuppertal-Instituts brauchen wir aber

„Im Moment haben wir eine Sanierungsquote von knapp 1 % pro Jahr, brauchen aber eine von 4%.“

eine von 4%. Dieses Ziel muss politisch deutlich mehr in den Fokus rücken und in anderen Bereichen mitgedacht werden. Die BEG kann im Bestand schlummernde Einsparpotenziale aktivieren. Dafür muss sie weiter ausgebaut und gleichzeitig müssen Hürden abgebaut werden. Der Neubau sollte nicht gefördert werden, sondern ein entsprechender Mindeststandard eingefordert werden. Ein weiterer Hebel: Immer mehr Wohnfläche pro Person macht unsere Einsparbemühungen zunichte. Wir müssen uns also auch überlegen, eine Förderung gleichzeitig an eine suffiziente Wohnraumnutzung zu binden. Dadurch lässt sich gleichzeitig ungenutzte Wohnfläche aktivieren.

Warum sind die Mindeststandards eigentlich so lasch?

Sie wurden seit ihrer Einführung Ende der 1970er-Jahre schon immer wieder verschärft – allerdings nicht bei der letzten Novellierung. Die vielen aktuell kursierenden Scheinargumente und fossiler Lobbyismus verhindern hier leider Mehrheiten für echten notwendigen Klimaschutz. Dabei machen Energiestandards per se das Bauen nicht teurer.

Was muss sich ändern?

Grundsätzlich müssen wir die Betrachtung erweitern und eine klare Priorisierung treffen.



Baukulturbericht 2022/23
Neue Umbaukultur
Bundesstiftung Baukultur,
Februar 2023
152 Seiten, kostenfrei
978-3-9822240-1-5
www.t1p.de/pp65

Daniel Fuhrhop
Der unsichtbare Wohnraum
Wohnsuffizienz als Antwort auf
Wohnraumangel, Klimakrise
und Einsamkeit
Transcript, Juni 2023
308 Seiten, 50 Euro
978-3-8376-6900-8



fen. Wir müssen anfangen, umzubauen, aufzustocken und zu sanieren, statt abzureißen und neu zu bauen. Die aktuell gültigen Landesbauordnungen fokussieren sich auf den

„Wir müssen anfangen, umzubauen, aufzustocken und zu sanieren, statt abzureißen und neu zu bauen.“

Neubau und stehen gerade bei der Sanierung im Bestand an vielen Stellen im Weg. Wir müssen sie zu „UmBauordnungen“ weiterentwickeln und Abriss wieder genehmigungspflichtig machen. Ein weiterer Punkt: die bereits erwähnte Suffizienz. Und zu guter Letzt müssen wir den Blick auf die Herstellung, den Transport und den Rückbau weiten. Wir müssen also die Graue Energie mit den Grauen Emissionen und die Rohstoffausbeutung mitbetrachten. Dies war im Rahmen der BEG-Neubauförderung mit „kleinen Ökobilanzen“ bereits geplant und ausgearbeitet. Energieberaterinnen und Energieberater wurden darin bereits geschult. Das System könnte für Neubau und Sanierung grundsätzlich angewendet werden.

Herr Lederer, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

WÄRMEDÄMMUNG

Die beste Energie ist die, die wir nicht brauchen

Soll das Heizen eines Gebäudes mit erneuerbaren Energien erfolgen, so muss mit niedrigeren Temperaturen agiert werden. Das ist eigentlich kein großes Problem, denn mit einer guten Wärmedämmung lassen sich die Wärmeverluste deutlich senken. Doch gegen Wärmedämmungen gibt es Vorbehalte.

von Günther Hartmann

Die Wärmepumpe ist eine Schlüsseltechnologie für die Wärmewende im Gebäudesektor. Denn sie arbeitet äußerst effizient, erzeugt mithilfe von Strom 3- bis 4-mal so viel Wärme, wie sich mit Strom direkt erzeugen ließe. Um zu verstehen, wie eine Wärmepumpe funktioniert, muss man sich drei Dinge aus dem Physikunterricht ins Gedächtnis rufen: (1) Aus physikalischer Sicht ist Kälte nur ein Weniger an Wärme. (2) Wärme fließt immer dorthin, wo es kühler ist. (3) Einen flüssigen oder gasförmigen Stoff zu verdichten, macht ihn wärmer, ihn zu „entdichten“, macht ihn kühler.

Das Gebäude muss gut wärmedämmung sein. Sonst arbeitet die Wärmepumpe ineffizient. Diese Tatsache geht in den aktuellen Diskussionen oft unter.

Mit diesen Prinzipien arbeitet die Wärmepumpe: In einem geschlossenen Kreislauf zirkuliert ein sogenanntes „Kältemittel“. Das wird zunächst mithilfe von elektrischem Strom „entdichtet“ und kühlt dadurch stark ab. So wird es zu einer sogenannten „Wärmequelle“ gepumpt. Damit ist eine Umgebung

Günther Hartmann

Jahrgang 1965, studierte Architektur und arbeitete nach dem Diplom zunächst in verschiedenen Architektur- und Stadtplanungsbüros. Seit 2008 ist er hauptberuflich als Journalist tätig. In die ÖDP trat er 1998 ein und ist seit 2006 Verantwortlicher Redakteur der ÖkologiePolitik.

guenther.hartmann@oedp.de



außerhalb des Gebäudes gemeint, die wärmer ist als das abgekühlte Kältemittel. Das hat zur Folge: Wärme fließt von der Umgebung zum Kältemittel. Das erwärmte Kältemittel wird zu einem Kompressor gepumpt, der es mithilfe von elektrischem Strom verdichtet, wodurch es sich stark erhitzt. So wird es zum sogenannten „Wärmetauscher“ gepumpt. Vom erhitzten Kältemittel fließt dort Wärme zum kühleren Wasser des ebenfalls geschlossenen Heizkreislaufs. Das Wasser im Heizkreislauf erwärmt sich, das Kältemittel kühlt ab. Das abgekühlte Kältemittel wird wieder „entdichtet“ – und der Kreislauf beginnt von vorn.

Der elektrische Strom dient also nicht direkt zum Erzeugen von Wärme, sondern nur zum Verdichten, „Entdichten“ und Pumpen des Kältemittels. Die Wärme wird der Wärmequelle entzogen. Je höher die Temperatur

der Wärmequelle und je niedriger die des Wassers im Heizkreislauf – die sogenannte „Vorlauftemperatur“ –, desto effizienter arbeitet die Wärmepumpe. Die simpelste und kostengünstigste Wärmequelle ist die Außenluft, doch die hat einen großen Nachteil: Wenn ihre Temperatur sinkt, dann steigt gleichzeitig der Heizwärmebedarf – und die Wärmepumpe arbeitet ineffizienter. Damit der Heizwärmebedarf nicht zu hoch wird, muss der Wärmeverlust minimiert werden: durch eine gute Wärmedämmung. Diese Tatsache geht in den aktuellen Diskussionen oft unter. Noch dazu kursieren Vorbehalte gegen das Dämmen.

Faktencheck zur Kritik an Wärmedämm-Maßnahmen

Viele Medien veröffentlichten in den letzten Jahren immer wieder reißerische Beiträge zur Wärmedämmung. „Dämmwahn“, „Zu Tode gedämmt“, „Volksverdämmung“, „Verdämmt in alle Ewigkeit“ lauteten Titel von Artikeln und Filmberichten. Von „Schwindel“, „Betrug“ und einem „falschen Spiel der Lobbyisten“ war die Rede. Kritisiert wurde, „Wärmedämmung spart keine Energie“, „die vorher errechneten Einsparungen traten nicht ein“ sowie „Wärmedämmung ist unwirtschaftlich und lohnt sich nicht“. Wie sich aber eine Wär-

mewende besser erreichen lässt – diese Frage wurde nicht gestellt und erst recht nicht beantwortet.

Dass eine Wärmedämmung keine Heizenergie spart, ist schon rein physikalisch unmöglich. Die Frage ist nur: Wie viel Heizenergie spart sie? Idealerweise besteht eine Energetische Sanierung aus mehreren aufeinander abgestimmten Maßnahmen: aus dem Dämmen des Dachs und der Fassade, dem Austauschen der Fenster sowie dem Einbau einer neuen Heizungsanlage. Welche Maß-

Dass eine Wärmedämmung keine Heizenergie spart, ist schon rein physikalisch unmöglich. Die Frage ist nur: Wie viel Heizenergie spart sie?

nahme zu welchen Einsparungen führt, muss bei jedem Gebäude berechnet werden. Wird aber zuerst die Heizungsanlage erneuert, dann ist diese nach einer später durchgeführten Dämmung überdimensioniert und arbeitet unwirtschaftlich.

Dass die errechnete Energieeinsparung in der Realität nie eintrifft, liegt daran, dass der theoretische Bedarf eines „Normnutzers“ vor und nach der Sanierung errechnet wird, nicht der tatsächliche Verbrauch. Denn der hängt stark vom Verhalten der Bewohner ab. Untersuchungen von großen Wohnanlagen zeigten: Bei identischen Wohnungen verbrauchten die verschwenderischsten Haushalte 7-mal so viel Heizenergie wie die sparsamsten. Das Normberechnungsverfahren dient dazu, verschiedene Gebäude vergleichbar zu machen. „Benutzerbereinigte“ Ergebnisse zeigen deren energetische Qualität. Wird die besser, so sinken die Heizkosten – und das verführt zur Verschwendung, weil sich die Rückkoppelung auf den eigenen Geldbeutel verringert hat. „Rebound-Effekt“ heißt das im Fachjargon.



Energetische Dachsanierung eines Einfamilienhauses aus den 1950er-Jahren mit Holzfaser-Dämmstoffen

Dass die Maßnahmen zur Energieeinsparung unwirtschaftlich sind, hängt stark von der Energiepreisentwicklung ab. Die ist schwer vorhersagbar – und hat wenig mit der Klimaerwärmung zu tun. Der Preis ergibt sich primär aus Angebot und Nachfrage. Die zu

Wird zuerst die Heizungsanlage erneuert, dann ist diese nach einer später durchgeführten Dämmung überdimensioniert und arbeitet unwirtschaftlich.

stellende Frage lautet: Wollen wir das Klima nur dann schützen, wenn wir einen finanziellen Gewinn daraus ziehen? Hier ist die Politik gefordert. Sie muss durch eine Besteuerung von CO₂-Emissionen fossile Energieträger drastisch verteuern und durch Förderprogramme die Investitionskosten erschwinglich

machen. Dann lohnen sich Maßnahmen zur Energieeinsparung.

Das tut die Politik auch – aber nur unzureichend. Während unter Angela Merkel hier zwar kein großer Ehrgeiz vorhanden war, aber immerhin ein hoher Grad an Verlässlichkeit herrschte, hat die „Ampel“ durch ihren sprunghaften Aktionismus und nicht angekündigte Förderstopps viele sanierungswillige Hauseigentümer zutiefst verunsichert sowie viele Energieberater in ihrer beruflichen Existenz gefährdet.

Dämmstoffe aus nachwachsenden Rohstoffen

Ein weiterer Vorbehalt gegen das Dämmen liegt an den Materialien: Hartschaum, wie z. B. Styropor, und Mineralfaser, wie z. B. Glaswolle, sind ökologisch problematisch und unbeliebt. Doch es gibt auch ökologisch hochwertige Dämmstoffe aus nachwachsenden Rohstof-



fen. Die haben inzwischen einen Marktanteil von rund 10%. Davon entfallen rund 60% auf Holzfaser-Dämmstoffe und rund 30% auf Zellulose-Einblasdämmstoff aus Altpapier.

Während Altpapier aktuell so begehrt ist, dass sich die Produktion von Zellulose-Einblasdämmstoff kaum mehr steigern lässt, wächst in unseren Wäldern noch deutlich mehr Holz, als geerntet wird. Allerdings geht es unseren Wäldern nicht gut. Die Klimaer-

Die „Ampel“ hat durch sprunghaften Aktionismus und nicht angekündigte Förderstopps viele sanierungswillige Hauseigentümer zutiefst verunsichert.

wärmung setzt ihnen zu. Immer mehr Bäume müssen aufgrund von Sturmschäden, Hitze, Trockenheit und Käferbefall frühzeitig entnommen werden – mit zu dünnen Stammdurchmessern und einer zu niedriger Holzqualität, um daraus hochwertige Holzprodukte herzustellen. Zum Herstellen von Holzfaser-Dämmstoffen reicht sie jedoch meist aus. Und durch nachhaltige Forstwirtschaft wird der notwendige Waldbau beschleunigt: weg von anfälligen Monokulturen hin zu robusten Mischwäldern.

Zur Einsparung von Heizenergie ist natürlich die Dämmleistung entscheidend. Da haben vor allem viele Holzfaser-Dämmstoffe inzwischen zu den Mineralfaser-Dämmstoffen aufgeschlossen. Und für jeden Einsatzzweck oberhalb des Kellerbereichs gibt es passende Produkte: flexible Dämmmatten für die Gefache zwischen Dachsparren und Wandständern; robuste Dämmplatten für den Einsatz auf Dachsparren und Wandständern – auch verputzbare. Sogar Einblasdämmstoffe aus Holzfasern haben sich inzwischen etabliert.

Dämmstoffe aus Holzfasern und anderen nachwachsenden Rohstoffen senken nicht nur

den Heizenergiebedarf und die heizungsbedingten CO₂-Emissionen, sondern speichern auch große Mengen CO₂. Genauer gesagt: Sie speichern Kohlenstoff (C). Denn ihr Rohstoff entsteht durch Photosynthese: Die Pflanzen „atmen“ CO₂ ein, zerlegen es, bilden aus dem Kohlenstoff (C) ihre Zellstruktur und „atmen“ Sauerstoff (O₂) aus. Würden die Pflanzen am Ende ihres Lebens verrotten oder verbrennen, dann würde sich dieser Prozess umkehren und das gebundene CO₂ wieder frei. Durch ihre stoffliche Nutzung als Dämmstoff bleibt das CO₂ jedoch weiterhin gespeichert.

Die CO₂-Speicherung entlastet die Erdatmosphäre genauso wie die CO₂-Einsparung beim Heizen – allerdings sofort und nicht erst über einen langen Zeitraum. Und auf dieses Sofort kommt es derzeit an, denn das Hauptproblem der Klimaerwärmung ist ihre in der Erdgeschichte beispiellos hohe Geschwindigkeit. Dämmen mit Dämmstoffen aus nachwachsenden Rohstoffen bedeutet also: Klimaschutz jetzt!



o. V.
Gebäudesektor verfehlt erneut CO₂-Ziele
Bauwende-News, 15.01.2024 | www.t1p.de/niair

Christine Lemaitre
Petition zum internationalen Umdenken im Bausektor
DGNB Blog, 19.12.2023 | www.t1p.de/y6swg

Petition
Stop the nonsense!
Demand urgent sustainable policies for the construction industry
Change.org, 03.12.2023 | www.t1p.de/lwy2n

dena
Gebäudereport 2024
Zahlen, Daten, Fakten zum Klimaschutz im Gebäude
November 2023 | www.t1p.de/yj8i8

vdnr
Dämmstoffe aus nachwachsenden Rohstoffen
www.vdnr.net

vdnr
Holzfaserdämmstoffe
www.holzfaser.org

WÄRMEPUMPEN

Lernen von Dänemark

Eine Schlüsseltechnologie für die Wärmewende sind Wärmepumpen. Mit denen lassen sich nicht nur kleine Gebäude versorgen, sondern inzwischen auch ganze Stadtteile. Dafür braucht es allerdings Fernwärmenetze. Die skandinavischen Länder, allen voran Dänemark, haben die Vorbildlich ausgebaut.

von Ulrich Brehme

In unseren Haushalten haben wir bereits alle eine Wärmepumpe: den Kühlschrank. Er entzieht seinem Inneren Wärme und gibt sie nach außen ab. Zum Heizen eines Gebäudes wird mit einer Wärmepumpe der Umgebung Wärme entzogen und ins Gebäudeinnere abgegeben. Das Interessante daran: Eine Wärmepumpe kann einem Wärmeträger etwa viermal so viel Wärmeenergie entziehen wie sie elektrische Energie zum Betrieb benötigt. Das macht sie zu einer Schlüsseltechnologie für die Wärmewende im Gebäudesektor. Erfunden wurde sie bereits 1852 von William Thomson – bekannt unter dem Namen Lord Kelvin.

Kleine Wärmepumpen für Einzelgebäude

Wärmepumpen können die Wärme aus der Umgebungsluft, dem Boden, dem Grundwasser oder einem Gewässer entziehen. Wichtig ist, dass der Wärmeträger ausreichend verfügbar ist, sich regenerieren kann und sich kostengünstig erschließen lässt. Es gibt mittlerweile leistungsgeregelte Wärmepumpen, die ihre Heizleistung an den Wärmebedarf eines Gebäudes anpassen und dadurch effizienter arbeiten. Wärmepumpen arbeiten auch umso effizienter, je niedriger die zu erzeugende Vorlauftemperatur ist. Je niedriger die

Ulrich Brehme

Jahrgang 1966, studierte Elektrotechnik und arbeitet beruflich als selbstständiger Prüflingenieur. Der ÖDP trat er 1993 bei und hatte seither in zwei Landesverbänden und im Bundesverband zahlreiche Funktionen inne. Außerdem war und ist er in verschiedenen Bundesarbeitskreisen aktiv. Für die ÖkologiePolitik schreibt er unter anderem seit zwei Jahrzehnten seine Ökolumne.

www.oekologie-und-demokratie.de



Eine Wärmepumpe kann einem Wärmeträger etwa viermal so viel Wärmeenergie entziehen wie sie elektrische Energie zum Betrieb benötigt.

Vorlauftemperatur, desto größer muss aber die Heizfläche sein. Fußboden-, Wand- oder Warmluftheizungen sind dafür ideal. Der Nachteil: Sie sind sehr träge und lassen sich nur schwer regulieren. Das kann auch zu erhöhten Raumtemperaturen führen. Und jedes Grad mehr hat ungefähr 6% mehr Energieverbrauch zur Folge.

Im Sommer kann die Wärmepumpe das Gebäude kühlen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die relative Luftfeuchte mit sinkender Temperatur steigt, da kühlere Luft

weniger Wasser aufnehmen kann. Es bildet sich auf den Kühlflächen Kondensat. Um die Bildung von Schimmel zu vermeiden, muss die Luft entfeuchtet werden. Die relative



Kleine Wärmepumpenanlage für ein Einfamilienhaus

Feuchtigkeit der Raumluft sollte zwischen 40 bis 60 % liegen. Die Bedeutung von Entfeuchtungsanlagen wird deshalb in Zukunft stark steigen. Sie bedürfen aber einer sorgfältigen hygienischen Kontrolle. Werden sie mit solarthermischen Anlagen betrieben, sinken die Stromkosten.

Wärmepumpen lassen sich sehr gut mit weiteren umweltfreundlichen Technologien wie Photovoltaik (PV), Stromspeichern, Solarthermie und Wohnungslüftung mit Wärmerück-



Hendrik Kafsack
Dänen frieren nicht
FAZ, 02.12.2023 | www.t1p.de/84iui

Julia Löhr
Wenn die Fernwärme zum Kostenrisiko wird
FAZ, 01.12.2023 | www.t1p.de/oiux6

gewinnung kombinieren. Mit einer leistungs-geregelten Wärmepumpe kann die elektrische Leistungsaufnahme der Wärmepumpe an das Angebot der PV-Anlage angepasst werden. Damit steigt der Autarkiegrad. Es gibt mittlerweile auch Kollektoren, die sowohl Solarthermie als auch PV integriert haben. Im Sommer kann eine Wärmepumpe die PV-Elemente kühlen, was deren Wirkungsgrad erhöht.

Große Wärmepumpen für Fernwärmenetze

Großwärmepumpen starten bei etwa 100 kW Leistung und können Leistungen von mehreren Megawatt erreichen. Damit lassen sich größere Gebäude, Wohnanlagen oder auch ganze Stadtteile über Fernwärmenetze heizen.

Bislang werden noch rund drei Viertel aller Wohngebäude in Deutschland mit Gas oder Öl beheizt. Fernwärme aus einem Heizkraftwerk nutzen erst 6 % aller Wohngebäude bzw. 15 % aller Wohnungen. Unter den großen Städtetzen war im 3. Quartal 2023 das in Köln mit 27 Cent/kWh am teuersten. Für ein durchschnittliches Einfamilienhaus bedeutet

Großwärmepumpen können Leistungen von mehreren Megawatt erreichen. Damit lassen sich ganze Stadtteile über Fernwärmenetze heizen.

das Gesamtkosten von jährlich 4.850 Euro. Am günstigsten war die Fernwärme in Halle/Saale mit 12 Cent/kWh, was Gesamtkosten von 2.230 Euro bedeutet.

Manche Verbraucher werden gar keine Wahl haben. Denn damit der Ausbau der Fernwärmenetze wirtschaftlich ist, können Kommunen in ihrer Satzung einen Anschlusszwang an die Fernwärme vorschreiben. Hannover hat das getan: Seit Januar 2023 müssen Haushalte dort Fernwärme nutzen,

wenn ein Anschluss möglich ist und an der alten Heizung „wesentliche Änderungen“ oder eine Erneuerung ansteht.

Skandinavische Länder sind Vorreiter

In Dänemark und Schweden wird schon sehr viel Heizwärme mit Großwärmepumpen aus der Ostsee gewonnen. In Kopenhagen versorgt das Fernwärmenetz 99 % der dortigen Haushalte. In ganz Dänemark immerhin schon zwei Drittel: 1,8 Mio. Haushalte in 400 Netzwerken. Bis 2028 sollen noch einmal 200.000 Haushalte hinzukommen. Nur in dünn besiedelten Gegenden müssen die Menschen ihr Haus selbst heizen.

Seit 1979 müssen die dänischen Kommunen Wärmepläne aufstellen. Mitte der 1980er-Jahre waren sie damit weitgehend fertig. Mehr als 75 % der Energie kommt heute aus erneuerbaren Quellen. 2010 war es weniger als die Hälfte. Bis 2030 sollen es 95 % sein. 53 % der Fernwärme stammt derzeit noch aus Biomasse – aber das soll sich ändern. In den nächsten 12 Jahren soll der Anteil mit Ökostrom be-



Große Wärmepumpenanlage für ein Gewerbegebäude



Frank-Michael Baumann
Ratgeber Wärmepumpe
Klimaschonend, effizient,
unabhängig
Verbraucher-Zentrale NRW,
Oktober 2023
216 Seiten, 24,00 Euro
978-3-86336-182-2



triebener Großwärmepumpen verzehnfacht werden: von heute 4 auf 40 %.

Im dänischen Esbjerg entsteht gerade die größte Meerwasserwärmepumpe der Welt. Die 60-MW-Anlage soll in den kommenden 35 Jahren 25.000 Haushalte versorgen. Der Strom kommt von Windkraftanlagen vor der Küste. 4.000 Liter Wasser pumpt die Anlage

In Esbjerg entsteht gerade die größte Meerwasserwärmepumpe der Welt. Sie soll in den kommenden 35 Jahren 25.000 Haushalte versorgen.

pro Sekunde aus der Nordsee, erzeugt für das Fernwärmenetz Temperaturen von 60 bis 90 °C und lässt das Wasser um 2 Grad kälter ins Meer zurückfließen.

In Schweden gibt es größere Verbundanlagen aus mehreren kleinen Meerwasserwärmepumpen. Die liefern 18 % der Wärme für die Fernnetze. In Aalborg wird eine mehr als doppelt so große Anlage gebaut, die 2027 in Betrieb gehen soll.

In Deutschland liegt der Anteil grüner Fernwärme bei 20 %. Das Wärmeplanungsgesetz setzt höhere Ziele: Bis 2030 sollen mindestens 30 % aus erneuerbaren Quellen oder unvermeidbarer Abwärme erzeugt werden, 10 Jahre später 80 %. Bei neuen Netzen müssen es gleich 65 % sein. Genutzt werden kann dafür auch Wärme von Industrieanlagen, Kläranlagen und Flüssen.

WÄRMEQUELLE ABWASSER

„Wärme stinkt nicht!“

Die Nutzung von Wärmepumpen im urbanen Raum ist schwierig. Luftwärmepumpen haben hier oft keinen Platz. Oder sie stören. Geothermische Bohrungen sind erst recht nicht möglich. Aber unter unseren Städten liegt eine große und bislang noch viel zu wenig beachtete Wärmequelle: unser Abwasser.

Interview mit Prof. Dr.-Ing. Volker Stockinger

ÖkologiePolitik: Herr Prof. Stockinger, warum und wie lässt sich aus Abwasser Wärme gewinnen?

Prof. Dr.-Ing. Volker Stockinger: Durch den Einsatz von Wärmepumpen. Die ziehen aus einer Umgebung mit niedrigerer Temperatur mithilfe von elektrischem Strom sehr effizient Wärmeenergie, um höhere Temperaturen zu erzeugen – z. B. von 5 °C auf 50 °C. Außenluft oder Grundwasser können als Wärmequelle dienen. Oder eben Abwasser. Gerade Abwasser hat selbst im Winter meist

„Rund 10 % des deutschen Gesamtwärmebedarfs würden sich wohl über die Nutzung des Abwassers decken lassen.“

eine Temperatur von über 10 °C – und ist damit eine tolle Wärmequelle!

Welches Potenzial steckt in dieser Methode?

Ein großes. Gerade für Städte, denn die stellen für die Wärmewende eine große Herausforderung dar, da es dort oft keine Flächen für Erdwärmesonden oder Erdwärmekollektoren gibt und der flächendeckende Einsatz von Luftwärmepumpen zum Problem werden könnte. Neben Fernwärme und Abwärme bietet sich die Nutzung von Abwasser an. Die Kanäle sind ja schon vorhanden. Zudem hängen die Abwassermenge und der

Prof. Dr.-Ing. Volker Stockinger

Jahrgang 1981, studierte Versorgungstechnik, arbeitete anschließend 10 Jahre als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Hochschule München und promovierte. 2018 gründete er das Beratungsunternehmen „Energie Plus Concept“. Seit 2019 ist er zudem Professor für energiegerechtes Bauen und Gebäudetechnik an der Technischen Hochschule Nürnberg.

www.energie-plus-concept.de



Wärmebedarf mit der Einwohnerdichte zusammen. Wo der Wärmebedarf höher ist, ist meist auch mehr Abwasser vorhanden. Rund 10 % des deutschen Gesamtwärmebedarfs würden sich wohl über die Nutzung des Abwassers decken lassen.

Warum wurde das bislang vernachlässigt?

Bis vor 2 Jahren waren fossile Energieträger einfach zu günstig. Der Ukraine-Krieg und die daraus resultierenden stark gestiegenen Energiepreise haben zu einem Umdenken geführt. Es ist vorteilhaft, von Energielieferungen aus dem Ausland unabhängig zu sein. Als Energiequelle für Wärmepumpen sind Luft und Erdwärme bereits etabliert, Abwasser ist es noch nicht. Das liegt an verschiedenen Gründen, die mögliche Investoren bisher abschreckten: z. B. die notwendige Erlaubnis der Entwässerungsbehörde; der Platzbedarf

für externe Wärmetauscher; die Notwendigkeit, dass große Abwassermengen mit einem großen Wärmebedarf zusammenkommen, was aber in der Quartierswärmeversorgung meist der Fall ist. Größere Wärmeabnehmer scheuen den Eingriff in städtische Kanäle. Und Kanalnetzbetreiber gehen hauptsächlich ihrer hoheitlichen Pflicht der Abwasserbehandlung nach und sehen sich nicht als Energielieferant. Wir haben hier einen blinden Fleck am Übergang zweier Verantwortlichkeiten, der noch nicht allumfassend geklärt ist. Dies muss aber aufgrund des Potenzials zwingend geschehen, denn: Wärme stinkt nicht!

Wie sieht der aktuelle Stand der Technik aus? Und was braucht es noch, um die Methode zu etablieren?

Die nötige Technik ist bereits vorhanden. Sie hat sich in einer Vielzahl von Projekten bewährt und ist im Grunde etabliert. Ein Beispiel hierfür ist die Wohnanlage „Lagarde-Campus“ im Herzen von Bamberg. Wie so oft liegt die Herausforderung nicht mehr in der Technik selbst, sondern in der Über-



Stadtwerke Bamberg GmbH
Nicht iiihhh, sondern ooooohh!
Wie das Abwasser zur Wärmequelle wird
14.06.2023 | www.t1p.de/9iykl

Naturstrom AG – Redaktion energiezeitung
Der Abwasserkanal als Energie-Goldgrube
31.05.2023 | www.t1p.de/mu16x

Bundesverband Wärmepumpe e. V.
Ratgeber Energie aus Abwasser
September 2019 | www.t1p.de/ikhcq

zeugungsarbeit. Bei den Kanalnetzbetreibern muss Aufklärungsarbeit geleistet werden, um unbegründete Bedenken abzubauen. Eine Schlüsselrolle kommt den Stadtwerken zu, da die Abwassernutzung besonders bei Quartierswärmeversorgungen wirtschaftlich ist. Da die Abwassertemperaturen an den meisten Stellen im Kanalnetz nicht bekannt sind, weil diese Information bisher keine relevante Messgröße war, müssen Messstellen installiert werden, um das Potenzial besser abschätzen und im späteren Betrieb überwachen zu können.

Herr Prof. Stockinger, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.



Ein Pionier bei der Wärmegewinnung aus Abwasser ist das baden-württembergische Unternehmen Uhrig. Sein Wärmetauschsystem „Therm-Liner“ wurde bereits in über 100 Kanälen installiert.

Foto: Uhrig Energie GmbH

WÄRMENETZE

Kommunen leider noch ohne Plan

Deutsche Großstädte müssen bis Ende 2026 Wärmepläne vorlegen, kleinere Städte bis Mitte 2028. Derweil überschreiten wir die 1,5-Grad-Klimaerhitzung. Kommunen stehen unter Druck und Hausbesitzer vor einem Dilemma. Sicher ist nur: Erdgas ist keine Brücke und Wasserstoff ist nicht zum Heizen da.

von Dr. Michael Stöhr

Das Energiekonzept der ÖDP, das im „Bundesarbeitskreis Klima- und Umweltschutz, Verkehr und Energie“ in den Jahren 2021 und 2022 erarbeitet und vom Bundeshauptausschuss am 19. November 2022 verabschiedet wurde, unterscheidet sich von den Energiekonzepten aller anderen Parteien durch folgende Alleinstellungsmerkmale:

- hoher Stellenwert von Suffizienz und Effizienz, ermöglicht insbesondere durch konsequente Mobilitätswende und Kreislaufwirtschaft
- Umstellung der Energieversorgung auf 100% erneuerbare Quellen bis 2030
- weitgehend regionale Deckung des Energiebedarfs, wenig Energieimporte
- herausgehobene Rolle von lokalen Energiegemeinschaften in der Hand von Bürgerinnen und Bürgern als Träger der neuen Energieversorgung

Dadurch wird das Energiekonzept der ÖDP kompatibel mit dem Pariser Abkommen zum Klimaschutz, resilient, wirtschaftlich und sozial verträglich.

- Paris-kompatibel, weil bereits 2023 die mittlere globale Temperaturerhöhung etwa 1,5 Grad gegenüber dem vorindustriellen

Dr. Michael Stöhr

Jahrgang 1964, studierte Physik und Philosophie und promovierte in experimenteller Halbleiterphysik. Seit 1992 arbeitet er in der angewandten Forschung und Beratung zu erneuerbaren Energien. 2014 trat er der ÖDP bei, ist seit 2017 Vorstandsmitglied im „Bundesarbeitskreis Klima- und Umweltschutz, Verkehr und Energie“ und seit 2022 Vorsitzender der Bundesprogrammkommission. Bei der Europawahl 2024 kandidiert er auf Platz 2 der ÖDP-Liste.
michael.stoehr@oedp.de



Das Energiekonzept der ÖDP ist kompatibel mit dem Pariser Abkommen zum Klimaschutz, resilient, wirtschaftlich und sozial verträglich.

Wert betrug und diese nach dem Abkommen von Paris nicht wesentlich überschritten werden darf. Das heißt vor allem, dass die Verbrennung fossiler Energieträger so schnell wie möglich beendet werden muss.

- Resilient, weil bei einer überwiegend regionalen Energieversorgung einzelne Schadensereignisse, etwa die Unterbrechung

von Gas- oder Starkstromleitungen, nicht sofort einen überregionalen Ausfall der Energieversorgung zur Folge haben.

- Wirtschaftlich, weil die günstigste Versorgung aus erneuerbaren Energien erreicht wird, wenn weitgehend auf Quartierebene der Ausgleich von fluktuierender Erzeugung und Bedarf durch Energiespeicher erzielt wird.
- Sozial verträglich, weil in Energiegemeinschaften auch einkommensschwache Haushalte eingebunden werden und unkompliziert ein sozialer Ausgleich erreicht werden kann.

Optionen für eine erneuerbare Wärmeversorgung

Für erneuerbare Wärme gibt es viele Quellen, immer gilt aber: Wärme kann über große Distanzen nur mit großen Verlusten transportiert werden. Wärmeversorgung erfolgt deshalb immer lokal. Je nach Gegebenheiten sind verschiedene Varianten einer erneuerbaren Versorgung möglich. Welche die beste ist, bedarf jeweils umfassender Untersuchungen.

Biomasse sollte im Einklang mit Natur- und Artenschutz gewonnen und nicht über längere Strecken, sprich, nicht über mehr als zwei Landkreise hinweg, transportiert werden. Wo regional viel Waldrestholz und holziger Grünschnitt anfällt, ist eine Hackschnitzelheizanlage für größere Gebäude oder ein Nahwärmenetz eine Option.

Biogas sollte nicht mit Maisschrot aus Monokulturen, sondern aus vergärbaren Abfall- und Reststoffen sowie Blühwiesenschnittgut gewonnen werden. Es kann dann zu Biomethan aufbereitet und über bestehende Gasleitungen verteilt werden. Allerdings ist Biogas teuer und das im Einklang mit Natur- und Artenschutz nutzbare Potenzial begrenzt. Biogas kann darum oft nur einen kleinen Beitrag zur Wärmeversorgung leisten.

Solarthermiekollektoren ernten viel Energie pro Kollektorfläche, stellen allerdings Wärme überwiegend im Sommer zur Verfügung. Gebrauch wird sie jedoch vor allem im Winter. Ein hoher Beitrag der Solarthermie zur Wärmeversorgung ist dennoch möglich,

Für erneuerbare Wärme gibt es viele Quellen, immer gilt aber: Wärme kann über große Distanzen nur mit großen Verlusten transportiert werden.

sofern sie in einem Wärmenetz genutzt und in großen Wärmespeichern saisonal gespeichert wird.

Wo verfügbar, kommt Tiefengeothermie zur Wärmeversorgung infrage, etwa im südbayerischen Molassebecken, im Oberrheingraben, aber auch in weiten Teilen Norddeutschlands.

Die einzige Wärmequelle, die mittels Wärmepumpen überall in großem Umfang kostengünstig erschlossen werden kann, ist die Umgebungswärme von Luft, Erdreich, Grundwasser und Fließgewässern. Wärmepumpen können zudem rückwärtslaufen und kühlen, was alle anderen Optionen nicht erlauben. Und da Windkraft- und Photovoltaikanlagen zu den kostengünstigsten und flächeneffizientesten Formen der



Foto: FRAWA/pixabay.com

Energieerzeugung gehören und ihr Betrieb in hinreichendem Einklang mit Natur- und Artenschutz erfolgen kann, ist die Wärmeerzeugung

Wärmeversorgung erfolgt immer lokal. Je nach Gegebenheiten sind verschiedene Varianten einer erneuerbaren Wärmeversorgung möglich.

mit einer Wärmepumpe, die Wind- und/oder Photovoltaikstrom nutzt, in vielen Fällen die beste Option der Wärmeversorgung.

Die Wärmeversorgung über ein Wärmenetz ist oft am kostengünstigsten, weil verschiedene Wärmequellen und große Wärmespeicher mit geringen Verlusten genutzt werden können. Bislang ist in Deutschland jedoch nur ein kleiner Teil der Haushalte an ein Wärmenetz angeschlossen. Und nur ein kleiner Teil der Kommunen hat überhaupt ein Wärmenetz.

Um zu klären, in welcher Kommune ein Wärmenetz sinnvoll ist und welche Teile einer Kommune wie versorgt werden sollten, ist ein längerer Studien- und Planungsprozess erforderlich, in den Bürgerinnen und Bürger umfassend eingebunden werden sollten. Und idealerweise werden diese auch an den Investitionen in Anlagen und das Netz beteiligt. Als Organisationsform eignen sich Energiegemeinschaften, z. B. Energiegenossenschaften. Das EU-Recht schreibt seit mehreren Jahren vor, diesen durch nationale Gesetze einen größeren Gestaltungsspielraum zu geben und durch Abgabenbefreiungen zu fördern. Eine Verpflichtung, der Deutschland bis heute nicht ernsthaft nachkommt.

Fehler der „Ampel“ nach verlorenen Merkel-Jahren

Nach den verlorenen 16 Jahren der verschiedenen Regierungen unter Angela Merkel waren die größten Fehler der „Ampel“ bei der Wärmewende,

- Energiegemeinschaften nach EU-Recht nicht sofort nach Regierungsantritt als privilegierte Organisationsform ermöglicht und gefördert zu haben.
- Kommunen nicht sofort verpflichtet zu haben, Wärmepläne zu erstellen, und sie entsprechend finanziell auszustatten.
- über Heizungstechnologien zu diskutieren, bevor die Pläne erstellt sind.
- den sozialen Ausgleich durch ein Klimageld nicht umzusetzen.

Deutsche Großstädte sind nach einer unglückseligen Heizungsdebatte nun verpflichtet, bis Ende 2026 Wärmepläne vorzulegen, kleinere Städte sollen bis Mitte 2028 nachziehen. Bis kommunale Wärmepläne vorliegen und Wärmenetze gebaut werden, stellt sich die Frage, wie bis dahin geheizt werden soll.

Die Gasindustrie sieht ihr nahes Ende kommen und propagiert Wasserstoff, damit weiterhin Gasheizungen installiert werden. Nun wird Wasserstoff noch fast ausschließlich aus Erdgas gewonnen und ist mittelfristig weder hinreichend aus erneuerbaren Quellen

Erdgas ist keine Brücke. Und Wasserstoff ist keine Option für die Wärmeerzeugung, denn seine Herstellung ist sehr ineffizient und teuer.

verfügbar noch kostengünstig. Zum Heizen sollte er nicht verwendet werden. Dem Gasnetz steht ein weitgehender Rückbau bevor.

Darum gehört es zu den eklatantesten Fehlern der „Ampel“, völlig überdimensionierte Flüssigerdgas-Terminals bauen zu lassen – unter anderem in einem Naturschutzgebiet –, langfristige Lieferverträge für Erdgas abzuschließen und die Erschließung neuer Erdgasfelder zu unterstützen. Erdgas ist keine

Brücke und die jetzt geplanten Infrastrukturen sind in den Sand gesetzt.

Wollte man das heute genutzte Erdgas 1:1 durch importierten erneuerbaren Wasserstoff ersetzen, bräuchte Deutschland 10 % der Fläche Marokkos zum Errichten von Windkraft- und Photovoltaikanlagen, um den benötigten Wasserstoff aus entsalztem Meerwasser herzustellen. Solange das nicht passiert, wird Wasserstoff weiterhin aus Erdgas gewonnen – und die Klimaerhitzung weiter angefacht.

Fazit: Kommunale Wärmepläne dringend nötig

Erdgas ist keine Brücke. Und Wasserstoff ist keine Option für die Wärmeerzeugung, denn seine Herstellung ist sehr ineffizient und darum auch mittelfristig teuer. Die Wärme wird

Anlagen und Netze sind am besten in der Hand von Energiegemeinschaften aus Bürgerinnen und Bürgern oder eines kommunalen Energieversorgers.

am besten lokal aus einem Mix regional verfügbarer erneuerbarer Quellen erzeugt und über ein Wärmenetz verteilt. Anlagen und Netze sind am besten in der Hand von Energiegemeinschaften aus Bürgerinnen und Bürgern oder in der Hand eines kommunalen Energieversorgers.

Wer über seine Heizung entscheiden muss, bevor ein kommunaler Wärmeplan vorliegt, wählt am besten die kleinstmögliche Investition: eine gebrauchte Ersatzanlage oder eine nicht allzu teure neue Wärmepumpe. Wer sich sicher ist, dass das eigene Haus nicht an ein Wärmenetz angeschlossen wird, hat die Wahl: Solarthermie, Pelletheizung, Wärmepumpe oder eine Kombination davon. Und eine energetische Gebäudesanierung ist nie verkehrt.



Fernwärmeleitungen in einem Tunnel unter dem Rhein in Köln

Foto: A. Savin/wikipedia.org

BUNDESVORSTAND

„Gemeinsam Druck machen“

Industrieinteressen haben in Deutschland traditionell eine starke Lobby – und im Umweltschutz tätige Menschen häufig das Nachsehen. Jürgen Resch, Bundesgeschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe (DUH), ruft in seinem 2023 erschienenen umweltpolitischen Buch dazu auf, Druck zu machen und gemeinsam Fortschritte zu erzielen. ÖDP-Bundesvorsitzende Charlotte Schmid hat mit ihm über das Buch gesprochen und fordert, dass Politik die Interessen der Bevölkerung vertreten soll.

Gespräch von Charlotte Schmid mit Jürgen Resch

Charlotte Schmid (CS): Lieber Jürgen, ich freue mich sehr, dass du mit mir einen Dialog über dein Buch „Druck machen!“ führst. Wir haben uns gemeinsam für dieses Format entschieden, da es für uns beide erbaulich ist, uns gegenseitig mit Synergien und Ideen zu inspirieren. In deiner Arbeit über die letzten vier Jahrzehnte für die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hast du hautnah die Verflechtungen von Politik und Industrie erfahren, gegen die die ÖDP seit vier Jahrzehnten politisch agiert.

Jürgen Resch (JR): Liebe Charlotte, du sagst es! Ich freue mich sehr über die Einladung, für die ÖkologiePolitik einen Dialog mit dir zu gestalten. Die ÖDP darf sich von mir direkt angesprochen fühlen, wenn ich anmerke, es brauche „mutige Politiker, die sich wirklich am Gemeinwohl orientieren und sich nicht einseitig für die Profitinteressen großer Industriekonzerne einspannen lassen“ (S. 83)¹. Denn diese Problematik ist für meine Arbeit für die Umwelt absolut entscheidend.

CS: „Fridays for Future“-Aktivisten haben es auf den Punkt gebracht: „Es gibt keine Jobs auf einem toten Planeten.“ In politischen Diskussionen wird immer wieder angeführt, dass Lobby-Arbeit in sich vertretbar sei, da die Menschen und die Unternehmen, die dafür

Jürgen Resch,

geboren 1960, ist seit 1988 Bundesgeschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe e. V. (DUH). Sein umweltpolitisches Engagement begann 1975 als Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft Naturschutz Bodensee. In den 80er-Jahren identifizierte er Endrin als Ursache für Vogelsterben am Bodensee und erwirkte dessen Verbot. Er baute die BUND-Kampagnenabteilung auf und kam 1986 als Assistent des damaligen Bundesvorsitzenden Helmut Ruland zur DUH. Zu seinen Erfolgen zählen schwefelfreie Kraftstoffe, der Dieselpartikelfilter und das Dosenpfand für das weltweit größte Mehrwegsystem. Seit über 20 Jahren arbeitet er gegen den Diesel-Abgasbetrug und zeigte 2011 den Abgasbetrug von Volkswagen bei deutschen Behörden an.

resch@duh.de



Foto: Steffen Holzmann

Charlotte Schmid,

Jahrgang 1977, ist selbstständige Übersetzerin und Mutter zweier Kinder. Seit 2020 ist sie Mitglied im ÖDP-Bundesausschuss – zunächst als Beisitzerin und dann als 2. stv. Bundesvorsitzende. Anfang Oktober 2022 wurde sie schließlich zur ÖDP-Bundesvorsitzenden gewählt. Ehrenamtlich engagiert sie sich zudem im Landkreis Ebersberg (Bayern) als 2. Vorsitzende der Ortsgruppe Poing des Bund Naturschutz.

bundesvorsitzende@oedp.de



Foto: Tarek Mantaoglu

sorgen, dass Deutschland finanziell „läuft“, gehört werden müssten. Aber, wie bei fast allen Dingen, das Maß ist entscheidend! Wenn jedoch das notwendige Gleichgewicht zwischen Industrie und gemeinnützigen Organisationen aufgegeben wird und nur die Industrie-Lobbyisten Gehör bei den Politikerinnen und Politikern finden, können diese nicht mehr behaupten, sie dienten dem Volk. In deinem Buch schreibst du zum Dieselgate-Skandal (S. 263): „Statt die Bürgerinnen und Bürger zu schützen, hatte die Regierung nur die Konzerne geschützt.“ Das ist eine drastische Aussage!

JR: Die Grundsatzbedingungen für Naturschutz waren noch nie für uns Naturschützerinnen und -schützer gut. Und die damals neue Bundeskanzlerin hat dem Naturschutz einen Bärendienst geleistet. Sie hat ein deutliches Signal gegeben: Die Bundesregierung Deutschlands hat ein offenes Ohr für die Industrie, auch wenn das im Umkehrschluss eine aktive Schwächung der Umweltauflagen bedeutet. Das Schlimme daran: Umweltauflagen sind nicht „nur“ für die Interessen von Tieren, Pflanzen und Umwelt wichtig, sondern auch ausschlaggebend für die Gesundheit und das Wohl der Menschen.

CS: Das längste Kapitel in deinem Buch beschäftigt sich mit einer massiven Gefahr für die menschliche Gesundheit: dem Abgas-skandal („Kapitel 8 – Dieselgate – das Giftgas-Kartell der Autokonzerne“). Und diese Saga ist tatsächlich viel zu lang, wenn man bedenkt, die Bundesregierung hätte deutlich früher – teilweise ganz einfach durch Beachtung und Anwendung ihrer eigenen Gesetze (S. 46) – für Korrektur sorgen können und müssen! Du schreibst: „Der Urknall von Dieselgate war der 14. September 2006.“ Bundeskanzlerin Merkel hatte dazu aufgerufen, „die Wachstumsbremsen“ zu lösen. Sie kündigte an, dass EU-Vorschriften nicht mehr übererfüllt, sondern nur noch im gebotenen Mindestmaß umgesetzt würden (S. 217). Da-

mit hat Angela Merkel in ihrer neu gewählten Euphorie mit einem Schlag eine grundlegende und katastrophale Richtungsänderung der deutschen Umweltpolitik angestoßen.

JR: Ich wollte mit dem reinen Umfang – sowie gnadenlosen Details – dieses langen Kapitels (ca. ein Viertel meines Buches) deutlich spürbar machen, wie bei jedem kleinen Schritt seitens der Industrie und der Politik

„Es braucht mutige Politiker, die sich wirklich am Gemeinwohl orientieren.“

taktiert wurde, um der Autolobby alle möglichen Vorteile zu verschaffen. Denn bei Naturschutz reichen reine Fakten keineswegs. Sonst hätte z. B. die erste Veröffentlichung des Club of Rome² ausgereicht, um für eine Richtungsänderung in der Klimapolitik zu sorgen! Bei Umwelt-Öffentlichkeitsarbeit muss immer eine Geschichte erzählt werden.

CS: Und dieses Thema ist nicht Vergnügungssteuer-pflichtig! Menschen sind es mittlerweile gewohnt, ihre Informationen häppchenweise gefüttert zu bekommen. Die Nachrichten von gestern sind kalter Kaffee, heute ist doch etwas Neues und Frisches da. Man erwartet sofortige Lösungen und Antworten. Aber du zeigst mit diesen 80 Seiten nicht nur, dass Umweltschützerinnen und -schützer einen unheimlich langen Atem haben und wie lange manche Prozesse dauern, um weiterzukommen, sondern auch, wie agil und erfinderisch wir sein müssen, damit das Gute gewinnen kann. Du hast schon in sehr jungen Jahren einen Müllsack voller langsam auftauender Greifvögel zu einem Treffen mit der BBA („Biologische Bundesanstalt für Forst- und Landwirtschaft“) mitgenommen und sie einzeln auf dem Tisch ausgelegt, um den Herrschaften zu zeigen, dass sie als Behörde für solche Konsequenzen verantwortlich sind, wenn sie die Anwendung

von Pestiziden wie Endrin erlauben. Ich zitiere (S. 62): „Ich wollte, dass sie die toten Greifvögel sehen und riechen.“

JR: Diese Sitzung werde ich nie vergessen! Allerdings haben die Herren sich noch gegen unsere Argumentation gewehrt und versucht, eine Fortsetzung der Zulassung zu verteidigen – bis wir ein endgültiges Endrin-Verbot tatsächlich wenige Monate später geschafft haben. Erschreckend oft wurde und wird bei solchen Themen industriepolitisch argumentiert. Und in diesem Fall hat eine Behörde der deutschen Regierung argumentiert, dass in Deutschland weiter Mensch und Tier vergiftet werden müssen, um die Profitinteressen der Hersteller En-

„Erschreckend oft wurde und wird bei solchen Themen industriepolitisch argumentiert.“

drin-haltiger Pestizide gerade in ausländischen Märkten zu schützen. Das muss man sich wirklich auf der Zunge zergehen lassen.

CS: Du hast vorher das Taktieren und Abbremsen der Politik und der Behörden erwähnt, die es den Umweltschützern so schwierig machen, sich durchzusetzen. Es ist meiner Meinung nach ein Armutszeugnis, dass viele der Beteiligten das Wohl der Menschen und ihrer Umwelt nicht objektiv als das höchste Gut für alle Beteiligten betrachten, sondern dass es so häufig um rechtliche Trickserien und Übertrumpfung geht. Die Beatles haben schon vor Jahrzehnten gesungen „Money can't buy me love“ („Geld kann mir keine Liebe kaufen“) und das Gleiche gilt für unsere Existenz auf einem fragilen Planeten.

JR: Es ist einerseits verständlich, dass Rechtsanwälte nur ihren Job machen, für den sie von einem Mandanten bezahlt werden. Allerdings haben auch Rechtsanwälte die freie Wahl, ein Mandat anzunehmen oder eben abzulehnen. Auch Rechtsanwälte werden unter den Aus-



Charlotte Schmid und Jürgen Resch bei einem Treffen in Berlin

wirkungen der Umweltkrisen leiden. Wenn Rechtsanwälte verweigern würden, die Interessen von umweltschädigenden Mandanten zu vertreten, würde dies den Umweltsündern erschweren, ihre perfiden Projekte durchzuführen. Da würde ich mir sehr wünschen, dass eine gesellschaftliche Veränderung stattfindet!

CS: Aber bei Politikerinnen und Politikern ist es natürlich ganz anders. Denn sie werden ja nicht von einem Mandanten bezahlt, um ein bestimmtes Vorhaben umzusetzen.

JR: Als Engländerin hast du natürlich einen sehr sarkastischen Humor!

CS: Man muss versuchen, es mit Humor zu betrachten, sonst könnte man weinen! Natürlich sind Politikerinnen und Politiker gewählt, um die Interessen der Bevölkerung zu vertreten. Wir sind ein demokratisches Land und die Wählerinnen und Wähler erwarten – zu Recht – dass ihre Vertreter in einem Parlament in ihrem Interesse handeln. Meiner Meinung nach ist es inakzeptabel, dass Regierungsmitglieder nicht nur der korrekten Umsetzung eines bestehenden Gesetzes im Wege stehen, sondern auch das Bestehen eines gesetzlich verbotenen Umstands unterstützen. Denn das ist bei Dilemmata zustande gekommen.

JR: Uns Umweltverbänden – die man auch als Lobbyisten betrachten kann, wenn wir ein

bestimmtes Interesse vertreten – ist es auch nicht recht, dass Lobbyisten aus einer bestimmten Schlagrichtung großzügig Gehör finden und dass wir keinen Zugang zu den Entscheidungsträgern erhalten. Nach dem Motto „audi alteram partem“ – „auch die andere Seite hören“. Es besteht eine gefährliche Einseitigkeit bei der Ausübung von Einfluss in der deutschen Regierung. Das will man nicht wahrhaben.

CS: Ein weiterer lateinischer Spruch fällt mir hier ein: „Quis custodiet ipsos custodes?“¹ – „Wer wacht über die Wächter?“ Wenn die gewählte Regierung versagt, sogar nachdem das Bundesverfassungsgericht sie bereits auf ihr Versagen aufmerksam gemacht hat, was soll man dann machen, außer vor Gericht zu ziehen? Als außerparlamentarische Politikerin betrachte ich diesen Zustand bei manchen gewählten Volksvertretern mit Entsetzen. Die ÖDP hat für ihren EU-Wahlkampf einen starken Spruch gewählt: „Erstaunlich ehrlich“. Ehrlichkeit ist Mangelware in der deutschen Politik.

JR: „Erstaunlich ehrlich“ gefällt mir! Ehrlichkeit und Werte sind in einer postfaktischen Welt wichtiger denn je! Es gilt nach wie vor, dass wir auf allen Ebenen, von der Kommunal-Ebene bis zur EU-Ebene, DRUCK MACHEN! müssen. Wir, die verschiedenen Umweltverbände, haben eigene präferierte Vorgehensweisen, wie wir unsere Themen vorbringen. Und das ist gut so. Die ÖDP redet gerne von Artenvielfalt! Das sehe ich auch bei diesem Kampf. Je mehr Menschen auf ihre eigene Art und Weise konsistent und ehrlich für das Gute kämpfen, desto größer sind die Chancen, dass wir Erfolg haben.

CS: Definitiv! Manche schreiben Briefe, wie die elfjährige Marlene, die die Bundesregierung per Klage zu ernsthaftem Klimaschutz bewegen wollte. Andere gehen auf Demos, wie die „Fridays“. Manche engagieren sich unermüdlich ehrenamtlich bei Vereinen, Par-



Jürgen Resch
Druck machen!
Ludwig, August 2023
336 Seiten, 22.00 Euro
978-3-453-28159-2



teien oder Verbänden. In der ÖDP sind viele Mitglieder kommunalpolitisch aktiv und arbeiten hier ganz nah an der Bevölkerung um sich herum. Und alle diese Ansätze zielen in die gleiche Richtung.

JR: Das Schreiben von Marlene zeigt, dass Druck von jeder und jedem ausgeübt werden kann. Du hast mir auch erzählt, wie deine Tochter als Zehnjährige dem Landrat eine Petition übergeben und ihm erzählt hat, warum eine alte Eiche nicht gefällt werden darf. Niemand ist zu klein, um für seine Welt zu kämpfen.

CS: Es ist schön und gleichzeitig unendlich traurig, dass teilweise bereits junge Kinder das Ausmaß der Umweltkatastrophe verstehen und sich dagegen engagieren. Eine unschuldige und unbeschwerte Kindheit ist heutzutage brutal kurz. Unsere Generation hat unsere Kinder um ihre Zukunft betrogen. Und das ist leider nicht mehr gutzumachen. Wir können lediglich das Beste aus einer schlimmen Situation machen.

JR: Das werden wir machen, liebe Charlotte! Ich lade die Leserinnen und Leser auch dazu ein, aktiv zu werden. Der vorletzte Satz in meinem Buch lautet: „Lassen Sie uns gemeinsam Natur, Umwelt, Klima und Menschen schützen – indem wir gemeinsam DRUCK MACHEN!“ Denn gemeinsam haben wir eine Chance!

CS: Danke, lieber Jürgen, für das interessante Gespräch!

¹ Soweit nicht anders angegeben, beziehen sich die Verweise auf das Buch „Druck machen!“ von J. Resch (2023)
² Meadows et al. (1972): Die Grenzen des Wachstums.
³ Juvenal Satiren VI, Z. 347–348

BUNDESVERBAND

EU-Wahlkampf: ÖDP als Anwalt für gesunden Lebensraum

2024 ist ein Superwahljahr! Es finden nicht nur die EU-Wahlen am 9. Juni 2024, sondern auch Kommunal- und Landtagswahlen statt. Wir möchten die Synergien zwischen den unterschiedlichen Wahlkämpfen klug und nachhaltig nutzen, um die bestmöglichen Ergebnisse zu erzielen. Und hier kann jede und jeder mithelfen!

Wie sieht unser Wahlkampf aus? Bunt! Kreativ! Provokativ!

Wir heißen „ÖDP – die Naturschutzpartei“, und wir sind es auch! Der letzte ÖDP-Bundesparteitag in Gersfeld hat sich für diesen Namenszusatz entschieden, weil Naturschutz der „orangene Faden“ ist, der sich – wie ein gesunder Biotopverbund durch das Land – ununterbrochen durch unser Programm zieht. Wir schützen die Natur, weil sie unsere Lebensgrundlage ist!

Naturschutz ist auch das Thema unseres Wahlkampfes. Denn es ist mittlerweile bekannt, dass Freunde der Natur von der Naturschutzpolitik der großen Parteien massiv enttäuscht sind. Sie suchen verzweifelt nach einer Stimme, nach konsequentem Handeln und einem Korrektiv zu den wachstumsgetriebenen Parteien.

Wir präsentieren uns im EU-Wahlkampf als Stimme des gemeinnützigen Engagements. Als Stimme der Menschen, die sich für gute Lebensbedingungen einsetzen. Die nicht an Macht interessiert sind, sondern an der Sache. Und die – verständlicherweise – oftmals wütend, frustriert und verzweifelt sind. Denn die politische Mode bietet aktuell schöne Ziele, die

man getrost verfehlen kann, und Koalitionsverträge, die man getrost ignorieren kann.

Was ist im Wahlkampf zu erwarten?

Der ÖDP-Bundesverband und die von ihm beauftragte Agentur stellen als Dienstleister die Wahlkampf-Ausrüstung zur Verfügung. Zusätzlich zu Plakaten, Wahlprogrammen und Werbemitteln gibt es einen neuen Sharepic-Generator, mit dem unsere Mitglieder unkompliziert Grafiken gestalten können. Unsere Kandidierenden und Fachleute halten vor Ort und online Vorträge, die unsere Themen anschaulich darstellen. Auch kleine Wahlspots und Filme werden veröffentlicht. Alles andere bleibt derzeit eine Überraschung!

Der ÖDP-Shop (www.oedp-shop.de) wird derzeit mit neuen Werbeprodukten bestückt, die auf unsere Partei aufmerksam machen. Wenn Sie häufiger Neuigkeiten von der ÖDP erhalten und uns im Wahlkampf unterstützen möchten, melden Sie sich gerne für unseren Newsletter an (www.oedp.de/mitmachen/newsletter-abo) und entdecken Sie interessante Produkte unter www.oedp-shop.de. Danke für Ihre Unterstützung, eine starke Stimme für unseren Lebensraum Natur zu sein!

Die EU hat 28.000 Lobbyisten.

Die Natur hat nur uns.

Naturschützer wählen jetzt die
Ökologisch-Demokratische Partei

ödp

ÖDP ist weltweit die erste Partei mit Gemeinwohl-Bilanz und Auditierung

„Die Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ) ist ein innovatives, nachhaltiges Wirtschaftsmodell mit dem Ziel einer ethischen Wirtschaftskultur. Als Alternative zum gegenwärtigen Wirtschaftsverständnis baut sie auf den Werten Menschenwürde, ökologische Verantwortung, Solidarität, soziale Gerechtigkeit, demokratische Mitbestimmung und Transparenz auf.“¹ Neue Werte sollen mit diesem wirtschaftspolitischen Ansatz in Betriebe und Unternehmen gebracht werden, um z. B. Nachhaltigkeit, langlebige Produkte und sinnstiftende Arbeitsplätze zu schaffen. Dieser Ansatz ist mit den politischen Zielen der ÖDP identisch, sodass es nahelag, sich dieser Frage nicht nur politisch, sondern auch ganz praktisch zu nähern und als erste Partei eine Gemeinwohl-Bilanz zu erstellen.

Die Gemeinwohl-Bilanz wiederum ist in der Idee der Gemeinwohl-Ökonomie ein Bewertungsverfahren für Privatpersonen, Gemeinden, Firmen und Institutionen, mit dem geprüft werden soll, inwieweit sie dem Gemeinwohl dienen. Bewertet werden unter anderem ökologische und soziale Aspekte.

Dazu wurden Tools und Indikatoren erstellt, die in eine Bewertung münden. Für jeden der insgesamt 20 Gemeinwohl-Indikatoren gibt es bis zu vier Sub-Indikatoren. Mit einem Bilanzrechner können die Ergebnisse für die einzelnen Sub-Indikatoren in Punkte umgerechnet werden. Die maximale Punktzahl pro Indikator und Sub-Indikator ist jeweils festgelegt.

Unter Begleitung der GWÖ-Berater und Coaches Anja Haider-Wallner und Gerald Morgner haben ÖDP-Bundesvorstandsmitglieder und hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einem Zeitraum von etwa einem Dreivierteljahr für den ÖDP-Bundesverband auf rund 80 Seiten eine Gemeinwohl-Bilanz erstellt. Bei der Kick-off-Veranstaltung am 2. April 2023 in Würzburg wurden das GWÖ-Projekt (Prozessüberblick, Matrix, Aufgabenverteilung) vorgestellt und die Zielsetzungen festgelegt. Es folgten eine Reihe von Workshops in Form von Videokonferenzen und am Ende eine Abschlussveranstaltung wiederum in Würzburg. Im November wurde schließlich durch den offiziellen GWÖ-Referenten und -Berater Jörn Wiedemann die

offizielle Auditierung des ÖDP-Gemeinwohl-Berichts durchgeführt. Inzwischen hat die ÖDP auch das entsprechende Testat erhalten, das für die nächsten zwei Jahre zum Führen des Labels „Gemeinwohl Ökonomie. Bilanziertes Unternehmen mit externem Audit“ berechtigt. Die ÖDP ist nun weltweit die erste Gemeinwohl-zertifizierte Partei und übernimmt damit eine Vorbildfunktion.

In den Workshops haben wir als ÖDP für die GWÖ damit auch Neuland betreten. Sind die Tools der GWÖ doch hauptsächlich für Unternehmen ausgelegt, so ist zwar vieles mit einer Partei vergleichbar, aber auch vieles unterschiedlich oder gar nicht vergleichbar. Von daher war dies auch für die Aktiven der GWÖ ein Lernprozess, um die GWÖ-Bilanzierung und -Zertifizierung weiterzuentwickeln. Die Gemeinwohl-Bilanz der ÖDP ist über den Kurzlink www.t1p.de/6r562 zu erreichen.

Gründen Sie mit uns die „ÖDP-Stiftung“

Die ÖDP plant, eine eigene Stiftung zu gründen. Über die Hintergründe und Beteiligungsmöglichkeiten möchten wir Sie gerne informieren:

Am 22. Februar 2023 hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass sich die staatliche Finanzierung von Parteistiftungen erheblich auf die durch das Grundgesetz (Art. 21 Abs. 1 S. 1) geschützte chancengleiche Teilnahme der Parteien am politischen Wettbewerb auswirken muss. Bisher entschied lediglich der Bundestag im Rahmen der Haushaltsberatungen über die Zuschüsse an die politischen Stiftungen. Dies reichte jedoch nicht mehr aus – es brauchte ein Gesetz! Dieses Gesetz ist im November 2023 vom Deutschen Bundestag verabschiedet worden. Danach würde eine „ÖDP-Stiftung“ leider nicht berücksichtigt, da eine Partei mindestens drei Legislaturperioden im Deutschen Bundestag vertreten sein muss, um an der Finanzierung von parteina-



hen Stiftungen partizipieren zu können. Vor einer angestrebten Klage gegen diese neue Regelung vor dem Bundesverfassungsgericht sollten wir bereits über eine rechtlich selbstständige „ÖDP-Stiftung“ verfügen, um unsere grundsätzliche Absicht zur politischen und demokratischen Willensbildung in Deutschland zu dokumentieren. Bis Ostern 2024, also bis zum 31.03.2024, sollte unsere „ÖDP-Stiftung“ gegründet sein. Zu diesem Zeitpunkt sollte auch die Klageschrift vorliegen, die dann anschließend beim Bundesverfassungsgericht eingereicht werden kann.

Für die Gründung einer rechtlich selbstständigen Stiftung wird ein Grundstockvermögen von 100.000 Euro benötigt. Ab 1.000 Euro ist eine Zustiftung in beliebiger Höhe auf das Sonderkonto möglich, welches wir eigens für die Gründung der „ÖDP-Stiftung“ als treuhänderisches Konto angelegt haben. Wenn Sie unsere politischen Anliegen mit der „ÖDP-Stiftung“ unterstützen möchten, freuen wir uns über Ihren Beitrag! Sobald die 100.000 Euro erreicht sind, werden wir sie auf ein eigenes Stiftungskonto einzahlen und die „ÖDP-Stiftung“ gründen. Damit können wir dann noch mehr Menschen ansprechen und ihnen unsere Alleinstellungsmerkmale wie Wachstumskritik, Freiheit von Firmenspenden und ehrliche Politik im Rahmen von Bildungsangeboten noch besser näherbringen. Um dieses Ziel zu erreichen, bitten wir um Ihre Zustiftung von mindestens 1.000 Euro. Seien Sie dabei!

ÖDP klagt gegen Unterschriftenquoren bei Bundestagswahl

Am 20.10.2023 kündigten wir in unserem Newsletter eine Klage der ÖDP gegen die hohen Unterschriftenquoren an. Obwohl die Partei mehr als 500 kommunale Mandate und sogar einen Sitz im EU-Parlament hat, muss sie vor jeder Bundestagswahl erneut Unterstützungsunterschriften sammeln, um die „Ernsthaftigkeit“ ihres Wahlantritts unter Beweis zu stellen. Dies ist eine massive Benachteiligung gegenüber den Parlamentsparteien.

Am 13.12.2023 ist die Klage eingereicht worden und wir sind gespannt, ob das Bundesverfassungsgericht unserer Argumentation folgt. Wer Interesse hat, kann den Schriftsatz auch online einsehen: www.unterschriftenquorum.de

Veränderungen im ÖDP-Bundesverband

Es haben sich einige Veränderungen bei uns ergeben. Zunächst heißen wir zwei Mitarbeitende in ihren Funktionen herzlich willkommen:

Julia Krauß hat bei uns im November 2023 angefangen. Sie unterstützt die Kolleginnen in der Bundesgeschäftsstelle in Würzburg und ist für die Mitgliederverwaltung, die Datenpflege und die Geburtstagsgrüße zuständig.



Julia Krauß

Gerd Pfitzenmaier arbeitet bereits seit 2020 für den Bundesverband als Verbände-Koordinator. Seit November 2023 ist er zusätzlich als politischer Referent für uns tätig. Gerd hat sein Ohr am politischen Berlin und an anderen wichtigen Orten. Außerdem unterstützt er den Bundesvorstand bei der politischen Planung.



Gerd Pfitzenmaier

Auch im ÖDP-Bundesvorstand hat es Veränderungen gegeben: Dr. Peter Schneider ist von seinem Amt als 1. stv. Bundesvorsitzender zurückgetreten und Eike Zimpel-

Unser Treuhänderisches Stiftungskonto:

Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)
IBAN: DE55370205000020153511
BIC: BFSWDE33XXX
Bank für Sozialwirtschaft

Für Rückfragen steht Ihnen der Stiftungs- und Testamentexperte und stv. ÖDP-Bundesschatzmeister Thomas Schiffelmann gerne zur Verfügung. Bitte schreiben Sie dazu eine E-Mail an: stiftung@oedp.de



Thomas Schiffelmann

mann sowie Kirsten Elisabeth Jäkel haben ihre Ämter als Beisitzer im Bundesvorstand aufgegeben. Letztere hat anschließend und vorübergehend unseren EU-Wahlkampf als Kampagnen-Koordinatorin unterstützt. Wir bedanken uns bei Peter, Eike und Kirsten für ihre Mitarbeit und ihr Engagement im ÖDP-Bundesverband und wünschen ihnen für ihre künftigen Vorhaben alles Gute. Der Bundesvorstand bleibt mit zehn Mitgliedern voll funktionsfähig.

Neuigkeiten von der ÖDP

Die ÖkologiePolitik (ÖP) erscheint viermal im Jahr und beinhaltet jeweils auch Neuigkeiten aus der Partei. Aus Platzgründen ist in der ÖP jedoch immer nur eine Auswahl von Beiträgen zu finden. Über den ÖDP-Newsletter werden dagegen etwa einmal im Monat Informationen der Partei per E-Mail versandt (in Wahlkampfzeiten häufiger). Unser Newsletter deckt auch Themen oder Termine ab, die in der ÖP keinen Platz finden oder kurzfristig bekannt werden.

Er unterscheidet sich von der internen Rundmail „Mitglieder-Info“ und kann von jeder/jedem abonniert werden: www.oedp.de/mitmachen/newsletter-abo

1 <https://germany.ecogood.org/>

JÖ – JUNG.ÖKOLOGISCH

JÖ goes Berlin!



Mit tiefgründigen Gesprächen, leichter Berliner Falafel-Kost, beflügelnden politischen Eindrücken aus dem Regierungsviertel und einem vielseitigen Fußmarsch durch das urbane Berlin verbrachten 13 Mitglieder der JÖ das Wochenende vom 20. bis 22. Oktober 2023 zusammen.

Für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, unter denen alte und neue JÖ-Gesichter zu finden waren, ging es nach einer freitagabendlichen Kennenlern- und Diskussionsrunde am Samstagmorgen bei einem besinnlichen Spaziergang durch Berlins grüne Lunge, den Tiergarten, ins Regierungsviertel. Im Plenarsaal des Bundestags erwartete uns ein spannender, lebensweltnaher Vortrag über die Arbeitswelt der Abgeordneten sowie die Geschichte und Architektur des politischen Herzstücks Deutschlands. Der anschließenden

de Kuppelbesuch ermöglichte uns einen eindrucksvollen Ausblick auf bzw. Einblick in die geschichtsträchtige Hauptstadt.

Im Laufe des Tages erkundeten wir zu Fuß wie auch mit Bus und Bahn diverse Ecken der Stadt: die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche als Mahnmal gegen Krieg und Zerstörung auf dem Breitscheidplatz im westlichen Zentrum Berlins, die „Uhr der fließenden Zeit“ im Berliner Europa-Center, das Rote Rathaus und natürlich das Brandenburger Tor, bei dem wir mit Aktiven der weltweiten Tierrechtsorganisation „Anonymous for the Voiceless“ in den Austausch kamen. Zum Abschluss des ersten Tages besuchten wir noch die East-Side-Gallery. Inspiriert von 1,3 Kilometern politischer Geschichte und Kunst am Stück, ließen wir im alternativen Viertel Friedrichshain den Abend als Gruppe ausklingen.



JÖ-Mitglieder im Plenarsaal des Bundestags

Foto: JÖ

Am Sonntag lernten wir die Berliner ÖDP-Landesvorsitzende Dr. Andrea Brieger in einem persönlichen Gespräch in der Berliner ÖDP-Geschäftsstelle kennen. In zwanglosem Ambiente gewannen wir Einblicke in die aktuelle Landespolitik in Berlin und über ÖDP-Projekte vor Ort, wie zum Beispiel den Einsatz für ein dezentrales ökologisches (Regen-)Wassermanagement, das für ein gutes Stadtklima angesichts des Klimawandels unabdingbar ist.

Mit einem Abschluss-Essen auf dem Hackeschen Markt endete unsere gemeinsame Berlinfahrt, die uns neben neuen Perspektiven ein tieferes Kennenlernen anderer junger ökologisch-demokratisch orientierter Menschen ermöglicht hat.

JÖ-Jahresabschlussstreffen 2023 in Mainz

Für das zweite Adventswochenende 2023, vom 8. bis 10. Dezember, waren die JÖ-Mitglieder zu einem JÖ-Jahresabschlussstreffen in Mainz eingeladen.

Dem Bahnstreik zum Trotz konnte der Großteil wie geplant am Freitag anreisen. Zum Auftakt wurde gemeinsam zu Abend gegessen. Am Samstag hörten wir zunächst einen Vortrag von Lukas Leinen über die Geschichte von Mainz und vertieften das Gelernte anschließend bei einer Führung durch die historische Stadt. Aufgrund dauerhaften Regens fiel der geplante Weihnachtsmarktbesuch leider sprichwörtlich ins Wasser. Am Abend bekamen die JÖ-Mitglieder einen Einblick in die Aktivitäten der JÖ Rheinland-Pfalz, als deren Vorsitzender Wolfgang Schaefer in gewohnt sympathisch-humoristischer Art das Jahr Revue passieren ließ. Besonderes Highlight war der LahnCleanUp im September, bei dem sogar Nicht-JÖ-Mitglieder zum Mit-Aufräumen motiviert werden konnten.

Der letzte offizielle Programmpunkt war am Sonntag der Besuch der Landesgeschäftsstelle der ÖDP Rheinland-Pfalz. Dort wurden die JÖ-Mitglieder bereits von Dr. Clau-

dius Moseler erwartet. Als Ortsvorsteher des Mainzer Ortsbezirks Marienborn berichtete er von der kommunalen ÖDP-Geschichte in Mainz: von den Anfängen, als die ÖDP noch knapp an der Prozenzhürde scheiterte,



JÖ-Mitglieder und Dr. Claudius Moseler vor der ÖDP-Landesgeschäftsstelle in Mainz

Foto: JÖ

bis zum heutigen Tag, an dem die ÖDP im Ortsbeirat Marienborn die mitgliederstärkste Fraktion stellt. Zum Abschluss hielt auch der JÖ-Co-Bundesvorsitzende Tobias Raffelt einen kurzen Jahresrückblicksvortrag aus Sicht der Bundes-JÖ. Erfreulicherweise konnten den JÖ-Mitgliedern dieses Jahr enorm viele Präsenzveranstaltungen angeboten werden. Weil dieses Angebot viel Zuspruch erfahren hat, konnten die innerparteilichen Verbindungen nachhaltig gestärkt werden.

Ein herzliches Dankeschön an das JÖ-Bundesvorstandsmitglied Lukas Leinen. Er hat das JÖ-Jahresabschlussstreffen maßgeblich organisiert und zusätzlich seine Räumlichkeiten zum Verweilen und Übernachten zur Verfügung gestellt. Vielen Dank!

JÖ – jung.ökologisch
Kara Tober und Tobias Raffelt, Bundesvorsitzende
info@j-oe.de | www.j-oe.de

LANDESVERBÄNDE

Baden-Württemberg

Aussichtsreiche Zusammenarbeit zur Kommunalwahl

Zur Kommunalwahl 2024 möchte die ÖDP wieder in möglichst vielen Gemeinden und Landkreisen zur Wahl antreten. Dabei ist verschiedentlich eine reine ÖDP-Liste nicht möglich. In solch einem Fall empfiehlt sich eine Ergänzung des Listennamens (z.B. zu „Unabhängige Bürger/ÖDP“) oder eine gemeinsame Liste mit einer anderen seriösen Partei, mit der es ausreichende programmatische Schnittmengen gibt.

Aussichtsreiche gemeinsame Listen bahnen sich insbesondere in der Region Stuttgart an (Landkreise Böblingen, Esslingen, Göppingen, Ludwigsburg, Rems-Murr und die Landeshauptstadt Stuttgart). Dabei erfolgt die Zusammenarbeit in erster Linie mit Volt. Es wird angestrebt, dass die Zusammenarbeit sowohl für die ÖDP als auch für Volt Vorteile bringt. Zur landkreisübergreifenden Regionalwahl tritt in allen sechs Kreisen wie bisher eine ÖDP-Liste an, die diesmal von Volt unterstützt wird. Dafür erhalten Volt-Mitglieder in Böblingen und Stuttgart die vordersten Listenplätze. So treten wir in allen Kreisen gleichermaßen mit motivierten und kompetenten Spitzenkandidaten an. Außerdem wird es voraussichtlich in Böblingen und Esslingen eine gemeinsame Liste zur Kreistagswahl geben. Durch die Zusammenarbeit ermöglichen sich beide Parteien einen aussichtsreichen erstmaligen Antritt. In der Stadt Esslingen stellt die gemeinsame Liste in erster Linie eine Unterstützung der Spitzenkandidatin von Volt dar. Für die ganze Region Stuttgart gilt also: Durch die Zusammenarbeit werden die Kräfte gebündelt und unnötige Konkurrenz vermieden. Auch auf Landesebene soll es verstärkten Austausch geben, z.B. durch

Gastbeiträge bei Landesparteitagen oder punktuell gegenseitigen Einladungen zu Veranstaltungen.

ÖDP Baden-Württemberg
 Uli Stein, Landesgeschäftsführer
 Tel.: 0711 6364644, info@oedp-bw.de
 Matthias Dietrich, Regionalbeauftragter
 Tel.: 07121 880104, matthias.dietrich@oedp-bw.de

Berlin, Brandenburg, Sachsen & Thüringen

Einkehr und Aufbruch

Am letzten Novemberwochenende 2023 trafen sich wieder Mitglieder der ostdeutschen ÖDP-Landesverbände im beschaulichen Höfgen (bei Grimma) an der Mulde.

Im Fokus stand dabei die Fertigstellung eines Unterpunktes für das Grundsatzprogramm, der für die ÖDP ein gesamtdeutsches Profil schaffen soll. Bereits im Frühjahr wurde beim ersten Klausurwochenende dieser Art am selben Ort mit dieser Arbeit begonnen. Diesmal verliefen die Gespräche besonders angeregt. Die sehr unterschiedlichen Biografien der Teilnehmer ließen eine sehr differenzierte Betrachtung der Wiedervereinigung von DDR und BRD zu.

Die gemütliche Atmosphäre im Pfadfinderheim Höfgen und die gemeinsame Essenszubereitung (Dirk Zimmermann versorgte uns mit feinsten Speisen aus seiner Bio-Einkaufsgenossenschaft) haben uns über die Arbeitssitzungen hinaus einen intensiven Austausch ermöglicht.

Wenn auch der Schlaf ein bisschen kurz kam, ist es doch erstaunlich, wie viel Austausch in so kurzer Zeit möglich ist. Besonders hervorzuheben ist, dass bei solch einer Klausur auch eine Kontroverse ordentlich zu Ende diskutiert werden kann, sodass keine negativ wirkenden offenen Fragen im Raum

stehen bleiben. Das ist sehr gut für die Stimmung.

Den Auftakt zur Klausur bildete eine Videokonferenz mit unserer Kampagnenagentur Lutz Meyer & Company. Herr Meyer und seine Mitarbeiterin Olivia Wölfel stellten uns noch mal das Design und die Möglichkeiten, wie wir damit arbeiten können, vor. Besonders motivierend wirkt hierbei die Einladung, eigene Ideen und Ansätze mit der Agentur zu teilen und bei der Umsetzung unterstützt zu werden. Die direkte Ansprechbarkeit (über Frau Wölfel) möchten wir allen ÖDP-Mitgliedern ebenso ans Herz legen wie eine Unterstützung von diversen Aktionen im Wahljahr 2024.



Foto: ÖDP/Ronald Krug

Die Teilnehmer des 2. ostdeutschen Klausurwochenendes der ÖDP

Als besonders produktiv erwies sich die Anwesenheit von Wahlkampfkoordinatorin Kirsten-Elisabeth Jäkel aus Berlin. Durch ihren engen Kontakt zur Agentur Meyer sind die Kommunikationswege in Sachen Wahlen nun gut aufgestellt.

Darüber hinaus konnte sie auch durch ihre familiär bedingte Perspektive auf die Wiedervereinigung – ihr Ehemann stammt aus Sachsen – und als Mitglied des Berliner Landesverbands wertvolle Beiträge zu unseren Betrachtungen leisten. Vielen Dank, dass du da warst, liebe Kirsten!

Nach diesem gelungenen Wochenende haben wir das Pfadfinderheim Höfgen für eine Art Wahlkampfcamp Ende Februar 2024 umgehend wieder gebucht. Von dieser Veran-

staltung werden wir selbstverständlich auch wieder berichten.

ÖDP Sachsen
 Jens Gagelmann, Landesvorsitzender
 Tel.: 037608 28801
info@oedp-sachsen.de

Brandenburg

„Dein Plus für Brandenburg“ – ÖDP tritt mit Listenvereinigung zur Landtagswahl an

In der bundesweiten Wahrnehmung wird die nächste Brandenburger Landtagswahl wohl eine der spannendsten seit Langem werden, denn für eine Regierungskoalition aus drei Parteien, wie in der aktuellen Legislatur, dürfte es laut Prognose nach der Wahl am 22. September 2024 nicht mehr reichen – verlieren doch die seit 34 Jahren fortwährend regierende SPD sowie ihre derzeitigen Juniorpartner Bündnis 90/Die Grünen und CDU weiter an Zustimmung und Rückhalt in der Bevölkerung.

In einer wegweisenden Entscheidung zur Förderung demokratischer Vielfalt und bürgernahe Politik schlossen wir als ÖDP Brandenburg uns daher Mitte November 2023 in Potsdam mit der Piratenpartei und Volt zusammen, um als Listenvereinigung „Plus Brandenburg“ mit einer 17-köpfigen Landesliste anzutreten (in anderen Bundesländern sind solche Listenvereinigungen nicht zulässig und in Brandenburg 2024 vielleicht das letzte Mal). Angesichts der enormen politischen Herausforderungen haben wir uns als Landesverband einstimmig dazu entschieden, gemeinsam mit den anderen Parteien ins Rennen zu gehen, um somit die Chancen zu erhöhen, die 5%-Hürde zu überspringen. Im Schulterschluss wollen wir aus der vermeintlich politischen Bedeutungslosigkeit in

Brandenburg hervortreten. Es ist eine bunte Mischung von Kandidaten im Alter zwischen 24 und 63 Jahren, aus den unterschiedlichsten Berufsfeldern und aus vielen Brandenburger Regionen kommend. Für uns Ökodemokraten tritt Thomas Löb aus Erkner als Landesvorsitzender auf Platz 3 an. Mit Luisa-Alejandrina Sliwa und Richard Borrmann (Nuthetal), Carl Fisch (Potsdam) und Andreas Strecker (Königs Wusterhausen) sind weitere vier ÖDP-Mitglieder auf der gemeinsamen Liste vertreten.

Zehn Monate dauerte die Verhandlungs- und Annäherungsphase zuvor. Die ebenso von uns angefragte Tierschutzpartei, aber auch die Humanisten, die Bergpartei oder die Unabhängigen schieden während dieses Prozesses nach und nach für uns als ernsthafte und verlässliche Wahlkampfpartner aus. Der Reiz gerade dieser Liste liegt nun darin, dass jede der drei vertretenen Parteien eigene politische Schwerpunkte einbringt, die sich dann gemeinsam durchsetzen lassen. Uns vereint auch, dass wir regierungsfähige Politik machen wollen, die auf den Werten von Transparenz, Umwelt-, Tier- und Naturschutz, Bürgerbeteiligung sowie sozialer Gerechtigkeit basiert. Die Vereinigung könnte ein Vakuum in der Parteienlandschaft füllen. Wir drei Parteien sind alle mit Mandatsträgern im Europaparlament vertreten. Unsere Mitglieder sind keine Berufspolitiker. Sie sind zahlreich ehrenamtlich auf Kommunal- und Kreisebene politisch aktiv. Uns verbinden grundsätzliche politische Werte und Ideen.

Bei der Wahl im kommenden Jahr besteht durchaus die Möglichkeit, mit dem Zusammenschluss die 5-%-Hürde zu nehmen und sogar in Regierungsverantwortung zu gelangen. Sollte dann noch eine neu gegründete Wagenknecht-Partei in Brandenburg an den Start gehen, nähme dies das gesamte bisherige politische Spektrum auseinander. Die notwendige Stimmenmehrheit für das bisherige

Regierungslager aus SPD, Grünen und CDU ist jetzt schon nicht mehr gegeben, die nur außerparlamentarisch agierende FDP steht in Umfragen erneut bei nur 3 % und die Freien Wähler sind weit unter die 5-%-Hürde gerutscht. Wenn die Parteien der Ampelkoalition im Bund weiterhin Federn lassen und somit das Image der Landesregierung zusätz-



Erste gewählte Plus-Direktkandidaten am Gründungstag

lich beschädigen, ist gar eine Regierungsbeteiligung der Liste „Plus Brandenburg“ als notwendige vierte politische Koalitionskraft vorstellbar. Gerade weil ansonsten allenfalls noch eine zersplitterte Linke und eine AfD mit zeitweilig über 30 % Wählerpotenzial zu nennen wären.

Damit aber unser neues Listenbündnis tatsächlich bei den Landtagswahlen antreten kann, sind zunächst rund 2.000 Unterstützungsunterschriften erforderlich. Das heißt doppelt so viele wie etwa in Sachsen oder Thüringen zur Landtagswahl, bei etwa gleicher Einwohnerzahl und Landesfläche, weshalb wir uns im Frühjahr über jede helfende Hand auch aus anderen Bundesländern freuen würden. Das Unterschriftenformular kann über die Webseite von „Plus Brandenburg“ heruntergeladen werden (s. unten).

Menschen, die Angst davor haben, dass ihre Stimme beim Wählen einer Kleinpartei verloren geht, haben nun eine echte Option. Damit eröffnen wir den Wählerinnen und

Wählern die Möglichkeit, eine neue, konstruktive Kraft in den Landtag zu wählen. Dieses Angebot richtet sich auch an die vielen Nichtwähler und die mit den etablierten Parteien Unzufriedenen.

Wir als „Plus Brandenburg“ wollen es schaffen, in allen 44 Wahlkreisen Direktkandidaten aufzustellen. Wir wollen eine politische Kraft sein, von der die Leute sagen: „Das ist etwas, was wir so noch nicht hatten!“ Ein gutes EU-Wahlergebnis ohne real existierende Prozenzhürde würde uns medial weiter Auftrieb geben, zumal wir seit Beginn unserer Zusammenarbeit bundesweit eine gute Presse erzielen konnten. Wir haben eine realistische Chance, in den Brandenburger Landtag einzuziehen! Lernen Sie uns näher kennen: www.plusbrandenburg.de

ÖDP Brandenburg
 Thomas Löb, Landesvorsitzender
 Tel.: 01 75 996 67 01
info@oedp-brandenburg.de
www.oedp-brandenburg.de

Nordrhein-Westfalen

Neuer Landesvorstand NRW stärkt kommunale Parteiarbeit

Der Landesparteitag des Landesverbands Nordrhein-Westfalen Anfang November stand ganz im Zeichen der Neuwahl des Landesvorstands. Nach Rechenschaftsbericht und Aussprache mit dem bisherigen Vorstand wurde es spannend im Bonner Gustav-Stresemann-Institut. Die Delegierten hatten die Wahl und nutzten ihr Mitspracherecht ausgiebig. Die bisherige Landesvorsitzende Rita Nowak kandidierte für eine Wiederwahl, neu in das Amt gewählt wurde dann aber Jens Geibel. Werner Roleff, Marcel Foré und Johannes Stirnberg ergänzten in den nachfolgenden Wahlgängen den geschäftsführenden

Vorstand und Anke Tammen, Alina Möller, Susanne Ruff-Dietrich und Katarina Fink wurden als Beisitzerinnen gewählt. Besonders freute es die anwesenden Mitglieder, dass eine sehr ausgewogene Alters-, Geschlechts- und Berufsmischung in den Vorstand gewählt wurde, der dadurch eine entsprechende Themenvielfalt abdeckt.

Zum Ende des Parteitags ergriff der neue Landesvorsitzende noch einmal das Wort und stellte, unterstützt von seinen Vorstandskollegen, die weitere Arbeitsplanung im neuen Vorstand vor: Als Kern der organisatorischen Arbeit solle sich der Landesverband in den Dienst der Kreisverbände stellen und das Fundament für eine öffentlichkeitswirksame Arbeit mit Veranstaltungen und Kooperationen bieten. Parallel dazu werde das politische Programm auf die eigenen Kernthemen fokussiert. In der Hauptsache also die Bereiche Klimaschutz, Lebensraum und Verkehrspolitik sowie Artenschutz und Tierwohl. Oberste Priorität habe die Verknüpfung von Ökonomie, Ökologie und Sozialem, um eine gemeinwohlorientierte Gesellschaftspolitik zu erarbeiten und zu leben. Der neue Landesvorstand sei sich einig, dieses Fundament schnellstmöglich umzusetzen, sodass ein ergebnisorientierter Europawahlkampf auf Basis der Wahlkampfstrategie des Bundesverbands stattfinden könne.

Die Anwesenden honorierten dies mit großem Applaus und verließen, nach den Schlussworten der scheidenden Landesvorsitzenden Rita Nowak, hoch motiviert den Saal – mit dem Wissen, dass die Unterstützung ihrer Arbeit in der kommunalen Politik nunmehr oberste Priorität des Landesverbands sein wird.

ÖDP Nordrhein-Westfalen
 Jens A. Geibel, Landesvorsitzender
 Tel.: 0151 17681612
info@oedp-nrw.de | www.oedp-nrw.de

Saarland

Wahl zum Saarländischen Landtag 2022 – Wahlprüfungsbeschwerde der ÖDP Saar

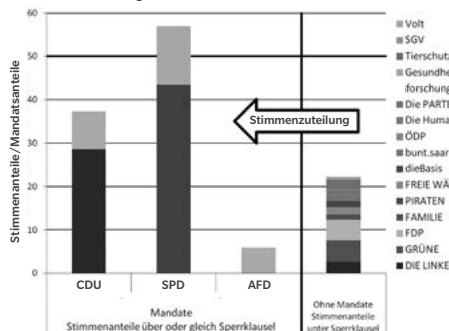
Als am 27.03.2022 die Wahllokale im Saarland um 18 Uhr schlossen, ahnte man noch nicht, welche Besonderheiten die Auszählung der Stimmen zur Wahl des Landtags hervorbringen würde: Grüne, FDP und Linke verpassten den Einzug in den Landtag, lediglich SPD, CDU und AfD erhielten Stimmenanteile oberhalb der Sperrklausel von 5 % und damit Mandate. Die SPD erhielt aufgrund der niedrigen Wahlbeteiligung von nur 61,4 % bereits mit 43,5 % der abgegebenen Stimmen (was aber lediglich 26,4 % der Wahlberechtigten bedeutete) die absolute Mehrheit der Sitze. Negativrekord stellte jedoch der außerordentlich hohe Anteil an unberücksichtigten Stimmen mit rd. 22,3 % dar (siehe Grafik). Die Zusammensetzung des saarländischen Landtags bildete damit die Vielfalt des politischen Spektrums in der Wählerschaft nur sehr unvollkommen ab. Auch der Verein „Mehr Demokratie e.V.“ hat diesen Negativrekord angemahnt (www.t1p.de/me997 am 28.03.2022). Die ÖDP Saar wollte dies nicht einfach hinnehmen und reichte beim Landtag eine Wahlanfechtung ein, die

aber schon bald abgelehnt wurde. Auch eine daraufhin beim Verfassungsgerichtshof vorgelegte Wahlprüfungsbeschwerde wurde zurückgewiesen.

Basis der Demokratie sind Wahlen und der gemeinsame Glaube daran, dass durch Wahlen eine Willensbildung stattfindet, die zu einer handlungsfähigen Regierung führt. Zentrum der politischen Auseinandersetzung ist das Parlament. Einen Großteil der Bürgerinnen und Bürger hier außen vor zu lassen, ist alles andere als politische Integration. Auch bei dem aktuell angewandten Wahlverfahren gibt es streng genommen eine Stimmen-Weiterverteilung. Die sogenannten „unberücksichtigten Stimmen“ gehen nicht in dem Sinne verloren, dass die Sitze im Parlament verkleinert würden, sondern werden nach geltendem Wahlrecht ungefragt auf die Parteien übertragen, die die Sperrklausel übersprungen haben. Vor diesem Hintergrund stellt die Zurückweisung der Wahlbeschwerde eine verpasste Chance dar, das Wahlrecht zu reformieren, für eine bessere Einbindung aller politischen Positionen in unsere Parlamente zu sorgen und damit nachhaltig die Glaubwürdigkeit der Demokratie zu stärken (Pressemitteilung: www.t1p.de/1npj2, Kommentar: www.t1p.de/xmuhb). Viele Bürgerinnen und Bürger sehen sich daher möglicherweise bestärkt, radikale Parteien zu wählen, da sie anders keine Chance auf Veränderung sehen. Das gilt es zu verhindern, weswegen wir uns weiter für ein Ersatzstimmverfahren einsetzen werden.

Den vollständigen Bericht zu unserer Wahlprüfungsbeschwerde inkl. einer größeren Grafik finden Sie auf oekologiepolitik.de, erreichbar über den Kurzlink: www.t1p.de/zizqk.

Parteien zur Landtagswahl im Saarland 2022



Grafik: ÖDP Saar (Datenquelle: www.t1p.de/y4g7q)

Politische Willensbildung und deren parlamentarische Repräsentanz nach der Wahl zum saarl. Landtag 2022

ÖDP Saar
Ulrich Honecker, 2. stellv. Landesvorsitzender
info@oedp-saar.de
www.oedp-saar.de

BUNDESARBEITSKREIS GESUNDHEIT Eine Zwischenbilanz

Am 17.12.2022 konstituierte sich der ÖDP-Bundesarbeitskreis (BAK) Gesundheit mit einem fünfköpfigen Leitungsteam neu. Bis dahin wurde dieser umfangreiche Themenkreis im BAK „Familie, Soziales, Gesundheit“ mitbehandelt. Unser Anspruch ist, dem ÖDP-Bundesvorstand nicht nur durch Statements zuzuarbeiten, sondern auch auf wichtige Themen im Gesundheitsbereich aufmerksam zu machen und Anträge an den Bundesparteitag zu stellen. Im Januar 2023 nahmen wir unsere inhaltliche Arbeit auf und freuen uns über mittlerweile 28 Mitglieder, die ein breites Spektrum im Gesundheitsbereich abdecken. Gelegentlich laden wir zu unseren Sitzungen auch Gäste ein, die uns in Spezialfragen beraten. Bis Dezember 2023 fanden 18 Online-Sitzungen statt.

Dabei beschäftigten wir uns u. a. mit folgenden Themen:

- Das Krankenhausreformgesetz von Bundesminister Karl Lauterbach
- Immunsystem, Impfnutzenwirkungen und Impffolgeschäden
- Benachteiligung von Hebammen im GKV-Finanzstabilisierungsgesetz
- Aktionen zum Tag der Pflege am 12.05.2023
- Die elektronische Patientenakte
- Aktionen des Bündnisses Klinikrettung
- Kritikpunkte an der Pflegereform
- Cannabis-Konsum bei Jugendlichen – mögliche Probleme durch Legalisierung
- Undemokratische Reformpläne in der WHO und geplanter Pandemievertrag
- Die Stellung der Naturheilkunde im Gesundheitswesen

Außerdem arbeiten wir beständig an Verbesserungen im Bundespolitischen Programm. In der Bundesprogrammkommission sind wir als beratendes Mitglied ohne Stimm-

recht vertreten (zzt. durch Christine Mehlo-Plath und Martin Weinmann).

Da die Aufgaben sehr vielfältig sind, freuen wir uns über jeden, der konstruktiv mitarbeiten möchte. Mitteilungen bitte an bak.gesundheit@oedp.de

Christine Mehlo-Plath

Ökologie Politik Für Sie!

Liebe Leserin, lieber Leser,

wenn Sie die ÖkologiePolitik – im Rahmen einer ÖDP-Mitgliedschaft oder als Abo – in der Printversion beziehen, bitten wir um Ihre Aufmerksamkeit:

In die Erstellung und Verbreitung der ÖP fließen einige Ressourcen – finanzieller, zeitlicher und materieller Art. Als Umweltpartei, die keine Spenden aus der Wirtschaft annimmt und auch Sponsoring über Anzeigen in der Parteizeitung ablehnt, finanziert sich die ÖDP ausschließlich über staatliche Mittel, Mitgliedsbeiträge und Spenden. Die ÖkologiePolitik ist grundsätzlich im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Es würde uns und der Umwelt jedoch helfen, wenn wir die Druckauflage reduzieren könnten. Der Aufwand für die Erstellung der ÖP bliebe dadurch zwar unverändert, aber die Druckkosten und der Materialverbrauch würden sinken. Darum wenden wir uns mit folgenden Fragen an Sie:

Können Sie sich vorstellen, die ÖP zukünftig in der Digitalversion (PDF) zu lesen? Ist es Ihnen möglich, Druck und Versand der ÖP zusätzlich mit 20,- Euro pro Jahr zu unterstützen?

Wenn Sie eine der Fragen oder gar beide mit Ja beantworten können, tun Sie dies bitte in dem vorbereiteten Online-Formular bei unserem Dienstleister „myconvento“, welches Sie über den folgenden Kurzlink aufrufen können: www.t1p.de/de518

Sollten Sie keine E-Mail-Adresse besitzen, finden Sie andere Kontakt-Möglichkeiten auf Seite 39.

Herzlichen Dank!
Ihr ÖP-Team

Mehr ÖkologiePolitik.



Sie möchten mehr sinnvolle Nachrichten von ÖkologiePolitik mit Mensch und Natur im Mittelpunkt erhalten oder weitergeben? Kreuzen Sie einfach an, was auf Sie zutrifft, tragen Sie unten Ihre Daten ein und senden Sie das ausgefüllte Formular zurück an die ÖDP. Alternativ können Sie auch unter www.oedp-shop.de bestellen.

Die ÖkologiePolitik und ihre Beilage „ÖDP aktiv!“ sind im ÖDP-Mitgliedsbeitrag enthalten. Ob Mitglied oder nicht: Sie helfen uns sehr, wenn Sie mit einem freiwilligen Beitrag Erstellung und Versand des Magazins unterstützen. Herzlichen Dank!

Ich möchte zukünftig die ÖkologiePolitik inkl. Beilage erhalten (halbjährlich kündbar):

- als ÖDP-Mitglied / als Nicht-Mitglied
- als gedruckte Ausgabe per Post (20,- Euro im Jahr für Nicht-Mitglieder)
- als digitale Ausgabe im PDF-Format (10,- Euro im Jahr für Nicht-Mitglieder)

Das Abo wurde mir vermittelt von:

Ich möchte (nach-)bestellen:

- ÖkologiePolitik (pro Heft 6,- Euro):

Heft-Nr./Thema: _____

Stück: _____

- Beilage „ÖDP aktiv!“ (je 10 Stück 3,- Euro):

Thema: _____

Stück: _____

Freiwillige Unterstützung:

Ich unterstütze die ÖkologiePolitik – unabhängig von Abo oder Parteimitgliedschaft – mit einem

regelmäßigen Betrag von _____ Euro

- halbjährlich jährlich

Newsletter und Pressemitteilungen:

Neuigkeiten von der ÖDP per E-Mail abonnieren: www.oedp.de/mitmachen/newsletter-abo

Meine Kontaktdaten (Pflichtfelder*):

Vorname* _____

Name* _____

Straße, Hausnr.* _____

PLZ, Ort* _____

E-Mail* _____

Telefon/Mobil _____

Meine Bankverbindung:

Kontoinhaber/-in* _____

IBAN* _____

Bank/BIC _____

SEPA-Lastschriftmandat

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE17ZZ00000029054/
Mandatsreferenznummer: OEP-[Name]

Ich ermächtige die ÖDP bis auf Widerruf, Zahlungen von meinem angegebenen Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der ÖDP auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ein Widerspruch ist ab Belastungsdatum acht Wochen lang möglich. Es gelten die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Ort, Datum* _____

Unterschrift* _____

Bitte ausschneiden und per Post senden an:
ÖDP-Bundesgeschäftsstelle, Pommerngasse 1,
97070 Würzburg | Fax: 0931 4048629

Sie haben ein Recht auf Auskunft und Löschung und können einer weiteren Nutzung Ihrer Daten jederzeit an datenschutz@oedp.de widersprechen. Zusätzliche Informationen: www.oedp.de/datenschutz

IMPRESSUM

Die Print- und die Online-Ausgabe der ÖkologiePolitik sind im ÖDP-Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder können das Journal für 20,- Euro im Jahr abonnieren. Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der **1. März 2024**.

Herausgeber

Ökologisch-Demokratische Partei
Pommerngasse 1, 97070 Würzburg
Tel.: 0931 40486-0, Fax: 0931 40486-29
info@oedp.de | www.oedp.de

Verantwortliche Redakteure

Günther Hartmann
Jörg-Hube-Straße 109, 81927 München
guenther.hartmann@oedp.de
Jan Altnickel
Unstruttal/Thüringen
jan.altnickel@oekologiepolitik.de

Mitarbeiter/-innen dieser Ausgabe

Ulrich Brehme, Matthias Dietrich,
Jens Gagelmann, Jens A. Geibel,
Ulrich Honecker, Thomas Löb,
Tobias Raffelt, Dr. Michael Stöhr,
Jürgen Resch, Charlotte Schmid,
Uli Stein, Kara Tober

Interviewpartner/-innen

Sebastian Lederer,
Dr. Sara Ortner,
Prof. Dr.-Ing. Volker Stockinger

Satz

Heike Brückner – Grafikstudio Art und Weise
Nürnberger Str. 13 A, 93152 Nittendorf
heike.brueckner@grafikstudio-auw.de

Anschrift der Redaktion

ÖkologiePolitik – Ökologisch-Demokratische Partei
Neckarstraße 27–29, 55118 Mainz
Tel.: 06131 679820, redaktion@oekologiepolitik.de
www.oekologiepolitik.de

Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE74 3702 0500 0009 8152 00
BIC: BFSWDE33XXX

Hinweis der Redaktion

Die Meinung der Autoren und Interviewpartner ist nicht automatisch die Meinung der ÖkologiePolitik oder der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). Die Veröffentlichung dient der innerparteilichen Information und politischen Willensbildung.

ÖkologiePolitik wird gedruckt auf 100 % Recyclingpapier, zertifiziert mit dem EU-Ecolabel und dem Blauen Engel.



ÖkologiePolitik

im Juni 2024:

Heimat



Foto: Bruno/pxabay.com



26.05.2024 (So.)

Kommunalwahlen in Thüringen
www.oedp-thueringen.de

09.06.2024 (So.)

Europawahl in Deutschland (siehe S. 24/25)
www.oedp.de

09.06.2024 (So.)

Kommunalwahlen in BW, BB, MV, RP, SL, SN, ST und TH (Stichwahlen) sowie Bezirksversammlungenwahlen in HH

01.09.2024 (So.)

Landtagswahl in Sachsen
www.oedp-sachsen.de

01.09.2024 (So.)

Landtagswahl in Thüringen
www.oedp-thueringen.de

22.09.2024 (So.)

Landtagswahl in Brandenburg
www.oedp-brandenburg.de

08.–10.11.2024 (Fr.–So.)

Bundesparteitag in Gersfeld (mit Vorstandswahlen)
www.oedp.de



Karikatur: Ralf Böhmer / rabe-karikatur.de